

EINE WELT



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Direktion für Entwicklung
und Zusammenarbeit DEZA

NR. 3 / SEPTEMBER 2019
Das DEZA-Magazin
für Entwicklung und
Zusammenarbeit

STÄDTE

Urbane Landschaften im Licht und
Schatten - eine Reportage aus Mali

NICARAGUA

Die Jugend kämpft auf
der Strasse um ihre Zukunft

GEO-ENGINEERING

Fluch oder Segen für
Entwicklungsländer?

DOSSIER

URBANISIERUNG



8

Mit Investitionen und Partizipation gegen den Stadtkollaps

Das rasante Wachstum stellt Städte weltweit vor riesige Herausforderungen – eine Reportage aus Malis Hauptstadt Bamako.

16

Schweizer Know-how für eine urbanisierte Welt

Das vielfältige Engagement der Schweiz für nachhaltigere Städte in Schwellen- und Entwicklungsländern

18

Kooperation über Grenzen hinweg

Im Grenzgebiet von Mali, Burkina Faso und der Elfenbeinküste wird mit Unterstützung der Schweiz in dringend benötigte Infrastrukturen investiert

19

Facts & Figures

Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA), die Agentur der internationalen Zusammenarbeit im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA), ist Herausgeberin von «Eine Welt». Die Zeitschrift ist aber keine offizielle Publikation im engeren Sinn; in ihr sollen auch andere Meinungen zu Wort kommen. Deshalb geben nicht alle Beiträge notwendigerweise den Standpunkt der DEZA und der Bundesbehörden wieder.

HORIZONTE

NICARAGUA



20

Am Anfang war das Feuer

Nicaraguas Jugend protestiert seit Frühling 2018 unablässig gegen das Ortega-Regime und für eine Zukunft mit Perspektiven

24

Aus dem Alltag von...

Edita Vokral, Leiterin des Schweizer Kooperationsbüros in Managua

25

Stark in den schwersten Momenten

Maria Alejandra Centeno wurde wegen ihres politischen Engagements von der staatlichen Uni Nicaraguas ausgeschlossen

DEZA



26

Geflüchtet oder ansässig - eine Schule für alle

Im Libanon und in Jordanien hat die Schweiz rund hundert Schulen saniert, damit einheimische und syrische Kinder zusammen lernen können

29

Per Video zum Chili-Club

Rund 200 Lernvideos in 76 Sprachen unterstützen Bäuerinnen und Bauern in Entwicklungsländern in ihrem landwirtschaftlichen Wissen

FORUM



32

Geo-Engineering – Gefahr oder letzte Hoffnung?

Der künstliche Eingriff ins Klima könnte sich für Entwicklungsländer als Segen, aber auch als Fluch herausstellen

35

Die Grenzen des Ökotourismus

Trägt nachhaltiger Tourismus zur Armutreduktion und zum Schutz natürlicher Ressourcen bei, oder ist dies bloss ein Trugschluss?

37

Geförderter Unternehmergeist mit Fallgruben

Carte blanche: Alice Nkulikiyinka über den «Entrepreneur support» in ihrem Heimatland Ruanda und dessen Risiken

KULTUR



38

Afrikas junges, kreatives Potenzial

Die Schweizer Fotografin Flurina Rothenberger realisiert neben eigenen Bildern ein weltweit beachtetes Magazin mit jungen Afrikanerinnen und Afrikanern

3 Editorial

4 Periskop

31 Einblick DEZA

42 Service

43 Fernsucht mit Jean-Philippe Kalonji

43 Impressum

URBANISIERUNG – CHANCEN UND HERAUSFORDERUNGEN



© DEZA

Wenn man in einer Strassenumfrage den Leuten die Gelegenheit gäbe, zum Begriff «Urbanisierung» frei zu assoziieren, so würden spontan wohl eher düstere Bilder entstehen: Dichtstress im ÖV, verstopfte Strassen, verschmutzte Luft, teure Mieten, vereinsamte Menschen, Slums an Stadträndern in Entwicklungsländern.

Diese Bilder entsprechen natürlich einer echten und gefühlten Realität – und sie werden kurzfristig kaum rosiger: Jede Woche wandern weltweit über drei Millionen Menschen vom Land in die Städte und verstärken damit die schädlichen Auswirkungen der Urbanisierung zusätzlich. Bis 2050 wird global der Anteil der Stadtbevölkerung von heute 55 auf 68 Prozent anwachsen.

Allerdings liegt die Vermutung nahe, dass die negativen Assoziationen nur einen Teil der Wahrheit beschreiben und die Vorteile des Stadtlebens insgesamt doch überwiegen. Anders liesse sich die wachsende Sogwirkung der Städte auf die Landbevölkerung, insbesondere in Afrika und Asien, kaum erklären.

Tatsächlich stehen den sozialen und ökologischen Herausforderungen der Städte gewichtige wirtschaftliche Faktoren gegenüber. So werden 80 Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts in Städten erwirtschaftet. Hauptgründe dafür sind eine effizientere Nutzung der Infrastruktur (öffentlicher Verkehr, Gesundheits- und Wasserversorgung etc.), Skaleneffekte der industriellen Produktion, eine bessere Abstimmung von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt und vielfältigere Bildungsangebote.

Von diesen günstigeren Rahmenbedingungen profitieren jedoch nicht alle Stadtbewohnerinnen und -bewohner gleichermassen. Schon heute lebt ein Drittel der städtischen Bevölkerung von Entwicklungsländern in Slums. Schätzungen gehen davon aus, dass bis 2040 die Hälfte aller armen Menschen in Städten wohnen wird (heute 25 Prozent). Das bedeutet, die Verarmung wird in den Städten überproportional zunehmen.

Fest steht, dass Stadt und Land sich gegenseitig beeinflussen. Eine positive Dynamik in den Städten senkt die Armutsraten in den ländlichen Gebieten. Umgekehrt beeinflusst die landwirtschaftliche Produktion die Ernährungssicherheit und die wirtschaftliche Entwicklung in den Städten.

Die neueste Ausgabe von «Eine Welt» zeigt auf, was die DEZA unternimmt, um in ihren Partnerländern die positiven Faktoren der Urbanisierung zu fördern und deren negativen Auswirkungen wirksam zu begegnen. Den wirtschaftlichen und sozialen Verbindungen zwischen Stadt und Land kommt dabei eine zentrale Bedeutung zu: Wie kann die landwirtschaftliche Produktion an regionale Wertschöpfungsketten angeschlossen werden? Wie kann die Situation von Menschen verbessert werden, die vom Land in die Stadt ziehen?

Ausserdem soll die Entwicklung von Städten nachhaltig und krisenresistent sein und allen zugutekommen: Mit welchen Mitteln können zentrale öffentliche Dienstleistungen verbessert werden? Wie können sich Städte wirksam auf den Klimawandel vorbereiten? Welche Massnahmen erhöhen die Sicherheit in den Städten? Gewürdigt wird dabei auch unsere enge Zusammenarbeit mit bewährten Partnern wie der ETHZ, der Uni Genf oder Schweizer NGOs.

Manuel Sager
Direktor der DEZA



© FAO/Luis Tello

NACHHALTIGE MODE AUS FISCHLEDER

(zs) Die Modeindustrie gehört zu den grössten Umwelt-sündern. Um sie nachhaltiger zu gestalten, bildet ein bis vor kurzem weggeworfenes Rohmaterial aus dem Meer eine interessante Alternative. In Kenia wird Leder aus Nilbarsch produziert, einem Fisch, den benachteiligte Gemeinschaften aus dem 6405 Quadratkilometer grossen Turkana-See fischen; daraus entstehen Jacken, Taschen, Kleider und Schuhe. «Kleider und Accessoires aus Fischleder sind sehr robust und viel leichter als solche aus Rindsleder», unterstreicht die Welternährungsorganisation (FAO). Vor allem aber erhöhe der neue Erwerbszweig das Einkommen der Fischerfamilien, kreiere neue Arbeitsplätze und reduziere die Abfälle.

KAMPF GEGEN FRAUENMORDE

(zs) Eine Lehrerin wird vor den Augen ihrer Schüler massakriert, eine Jugendliche von ihrem Ex-Freund lebendig begraben und eine Mutter aus Eifersucht erstochen: Solche Verbrechen sind nicht frei erfunden – in Lateinamerika, der Region mit der höchsten Frauenmordrate, sind sie weit verbreitet. Männer, Liebhaber oder Angehörige massen sich das Recht an, über Leben oder Tod «ihrer» Frau zu bestimmen. Um Frauenmorde zu bekämpfen, haben die Europäische Union und die Vereinten Nationen nun die weltweite Initiative «Spotlight» lanciert, die alle Formen von Gewalt gegen Frauen ausmerzen soll, wie es auch die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung postuliert. Mit der Ansbuch-investition von 500 Millionen Euro, wovon 55 Millionen für Lateinamerika vorgesehen sind, sollen sechs Bereiche gefördert werden: Gleichstellungsgesetze, Festigung des institutionellen Rahmens, Prävention, Dienstleistungen, Datenerhebung sowie Unterstützung der Frauenbewegungen.

SICHERE SCHULWEGE IN AFRIKA

(zs) Afrika ist laut der Weltgesundheitsorganisation nach wie vor der Kontinent mit den höchsten Verkehrsunfallraten bei den 5- bis 29-Jährigen. So werden auch in Dar es Salam, der grössten Stadt Tansanias, immer wieder Kinder auf dem Schulweg von Autos angefahren. Es existieren nämlich weder Verkehrszeichen noch

Bremsschwellen noch Fussgängerwege. Um dieses Manko zu beheben, hat die Nichtregierungsorganisation Amend, die sich für die Sicherheit im Strassenverkehr einsetzt, entsprechende Massnahmen ergriffen. Die Verletzung von Schülern wurde damit um 26 Prozent gesenkt. Nach dem gelungenen Start im Wirtschaftszentrum Tansanias hat sie ihr Programm «School Area Road Safety Assessments and Improvements» auf neun afrikanische Länder ausgedehnt. Laut Projektleiter Ayikai Poswayo wirbt sie bei den Behörden nicht zuletzt für «einfache und kostengünstige Massnahmen, die Leben retten können».

TRAGBARES KIT GEGEN GELBSUCHT

(cz) Gelbsucht betrifft 60 Prozent aller Babys weltweit und kann unbehandelt lebensbedrohlich sein oder zu Einschränkungen wie zerebraler Lähmung oder Taubheit führen. Im ländlichen Peru ist die nötige Behandlung schwer zugänglich. Die Rate der durch Gelbsucht verursachten Hirnschäden ist hier 20 Mal höher als in reicheren Ländern. Daher wird jetzt in einer abgelegenen Provinz hoch in den peruanischen Anden eine revolutionäre Methode zur Behandlung von Babys mit Gelbsucht erprobt – mit einem tragbaren Set, das nichts anderes als ein farbcodiertes Lineal, ein Blutlesegerät sowie Tragtaschen enthält. Ziel ist es, in den nächsten zwei Jahren Gelbsucht bei 12 000 Neugeborenen zu untersuchen, zu diagnostizieren und zu behandeln. «Gelbsucht ist in Peru ein ernsthaftes Problem der öffentlichen Gesundheit», sagt Fernando Pérez Lastra, nationaler Direktor der NGO Inmed Andes, die das zweijährige Projekt mit Unterstützung des Gesundheitsministeriums realisiert. «Deshalb ist eine solche Intervention so wichtig: Wir müssen diese Fälle identifizieren, bevor Komplikationen auftreten.»



© INMED Andes-Huancayo-Clinicians

KRANKHEITSERKENNUNG AUS DER BOX

(cz) Der Zyklon Idai in Mosambik hat Hunderttausende ohne Unterkunft, Nahrung und medizinischer Betreuung zurückgelassen. Viele Menschen leben in temporä-



© Zeichnung von Herrn Augustin

ren Siedlungen ohne Zugang zu sauberem Wasser und sanitären Einrichtungen und sind daher einem hohen Risiko für Krankheiten wie Cholera, Malaria und Masern ausgesetzt. Deshalb haben die WHO und das Gesundheitsministerium in Mosambik das Frühwarn- und Reaktionssystem (bekannt als EWARS-in-a-Box) eingeführt. Das System soll epidemie-riskante Krankheiten erkennen und eine schnelle Reaktion ermöglichen, bevor sie zu grossen Ausbrüchen führen. Jede Box enthält 60 Mobiltelefone, Laptops und einen lokalen Server zur Erfassung, Meldung und Verwaltung von Krankheitsdaten. Ein Solargenerator und Solarladegeräte ermöglichen den Betrieb der Telefone und Laptops ohne 24-Stunden-Strom. So können alle Berichte oder Gerüchte über Krankheiten innert kürzester Zeit nachverfolgt werden.

RÜCKVERFOLGUNG DANK BLOCKCHAIN

(zs) In Papua-Neuguinea ist ein Fest ohne Schweinebraten kein Fest. Im Inselstaat hat das Schwein eine grosse kulturelle und wirtschaftliche Bedeutung. Bis anhin verkauften die Kleinzüchter ihre Tiere auf den Lokalmärkten, doch die steigende Nachfrage hat zu neuen Absatzmöglichkeiten weltweit geführt. Allerdings nur, wenn die Zuchtbetriebe nachweisen können, dass ihre Produkte

internationalen Normen entsprechen. Die Welternährungsorganisation und die Internationale Fernmeldeunion haben ein System zur Rückverfolgbarkeit des Viehs entwickelt, das auf der Blockchain-Technologie beruht. Dank Etiketten mit Radiofrequenz-Identifikation und einer Smartphone-App können die Züchter anhand digitaler Unterlagen nun nachweisen, dass ihre Tiere beispielsweise geimpft oder mit Süsskartoffeln gemästet worden sind. Die Vorteile liegen auf der Hand: Die Konsumentinnen und Konsumenten haben Gewähr für die Fleischqualität, die Züchter können neue Märkte erschliessen, was sich wiederum in einem höheren Einkommen widerspiegelt.



© FAO/Gerard Sylvester



Informeller Markt in Sikasso:
Die Arbeitsbedingungen für die
Verkäuferinnen sind schlecht
und die Produktauslagen
oft unhygienisch.

© Samuel Schlaefli



DOSSIER URBANISIERUNG

MIT INVESTITION UND PARTIZIPATION GEGEN DEN STADTKOLLAPS SEITE 8
SCHWEIZER KNOW-HOW FÜR EINE URBANISIERTE WELT SEITE 16
KOOPERATION ÜBER GRENZEN HINWEG SEITE 18
FACTS & FIGURES SEITE 19

MIT INVESTITION UND PARTIZIPATION GEGEN DEN STADTKOLLAPS

Malis Hauptstadt Bamako gehört zu den am rasantesten wachsenden Städten der Welt. Sie ist gefangen in einer Negativspirale, die durch Bevölkerungswachstum, Land-Stadt-Migration und eine politische Krise angeheizt wird. Wichtigste Strategie gegen das Chaos: Dezentralisierung und die Stärkung der Sekundärstädte.

Eine Reportage von Samuel Schläefli

Auf der «Colline de Lassa» liegt einem die Malische Hauptstadt Bamako zu Füssen. Zweigeteilt durch den majestätischen Fluss Niger, der über 4000 Kilometer fünf westafrikanische Staaten zwischen Guinea und Nigeria verbindet. Das Panorama ist faszinierend und beängstigend zugleich: Bamako, ein sich ins Umland fressender, undefinierter Stadtkörper. Ein «Urban Sprawl», der Albtraum jedes Stadtplaners. Anstelle einer Verdichtung im Zentrum, dehnt sich die Stadt immer weiter ins Umland aus, besetzt Agrarland an den Rändern und vertreibt Bauern. Die Folgen sind rund um Bamako sichtbar. Von der «Colline du pouvoir», wie die erhöhte pompöse Siedlung der malischen Zentralregierung von Einheimischen genannt wird, sieht man hinab in die «Ravine de pauvreté», in Schluchten mit glitzernden Wellblechdächern.

Wasser schleppen in der Millionenstadt

Bamako hat heute rund 3.5 Millionen Einwohner, zehnmal soviel wie 1960, als das Land seine Unabhängigkeit von der Kolonialmacht Frankreich erlangte. Derzeit verdoppelt sich die Bevölkerung etwa alle 15 Jahre. Treiber dieser Entwicklung ist das hohe Bevölkerungs-

wachstum, das mit drei Prozent und durchschnittlich sechs Kinder pro Frau auch im afrikanischen Durchschnitt hoch liegt. Hinzu kommt die grosse Land-Stadt-Migration, die durch die Konflikte im Norden und in der Mitte des Landes sowie durch zunehmende Dürren und Überflutungen im Zuge des Klimawandels stark zugenommen hat. Laut UNO haben heute 33 Prozent der Bevölkerung Bamakos keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser, 78 Prozent keinen Zugang zu sanitären Anlagen.

An diesem Nachmittag Ende April ist es in Bamako über 40 Grad heiss. Die Felder um die Hauptstadt liegen brach, die Erde ist staubtrocken und steinhart. Seit Februar hat es nicht mehr richtig geregnet. In Niamakoro, einem der ältesten Viertel Bamakos, auf der «Rive droite», wie die Bewohner, die südlich vom Fluss Niger gelegene Stadtseite nennen, lebt die Familie Diawara. In einer «Cour commune», einem mit einer Lehmmauer eingefriedeten Hof, teilen sich drei Generationen eine Feuerstelle zum Kochen, eine Latrine und bis vor kurzem auch einen Brunnen. Seit Monaten liegt dieser trocken, die Familie muss Wasser zum Trinken, Kochen, Waschen und für die Körperhygiene an einer privaten Zapfstelle holen.

Für jeden 20-Liter-Kanister bezahlt sie 13 CFA, rund 2.5 Rappen. Bis zu zwanzig Kanister pro Tag braucht eine grössere Familie. In einem Land, in dem 78 Prozent der Bevölkerung mit weniger als zwei Dollar am Tag auskommen müssen, ist das nicht nur eine körperliche, sondern auch eine finanzielle Belastung. «Manchmal stehen die Frauen hier stundenlang, bis sie an die Reihe kommen», erzählt Oumou Traoré. Die 19-Jährige ist verantwortlich für die Wasserstelle und schaut, dass niemand drängelt. Oft herrsche schon nachts um 4 Uhr reger Betrieb.

Entkopplung von Urbanisierung und Wachstum

In einem hermetisch abgeriegelten und minutiös bewachten Bürokomplex mit lauschigem Garten, treffe ich Zié Coulibaly, Spezialist für Infrastrukturprojekte bei der Weltbank. Er beschäftigt sich seit Jahren mit der Urbanisierung in Westafrika. Und er ist besorgt: «Was wir in Mali beobachten, ist eine Entkopplung von Urbanisierung und Wirtschaftswachstum», sagt er. «Früher gingen wir davon aus, dass Urbanisierung automatisch zur Armutreduktion beiträgt. Doch in Mali steigt die Armut trotz Urbanisierung.»

Grundsätzlich ermöglicht die urbane Verdichtung eine effizientere Versorgung von Menschen mit essenziellen Dienstleistungen wie Wasser, sanitären Anlagen, Elektrizität und Bildung. Doch in Mali ist das BIP nicht mit der rasant ansteigenden Stadtbevölkerung – heute liegt sie bei 40 Prozent – mitgewachsen. Im Gegenteil: Mali erlebte in den letzten Jahren sogar eine Deindustrialisierung: Trug die verarbeitende Industrie 2006 noch 28 Prozent zum BIP bei, sind es aktuell noch knapp 18 Prozent.

Entsprechend suchen die meisten nach Bamako Zugezogenen auch vergeblich nach Arbeit – eines der wichtigsten Versprechen der Stadt. Über 80 Prozent arbeiten im informellen Sektor: Sie suchen auf einer der grossen Müllhalden nach verwertbarem Hartplastik. Sie verkaufen inmitten von Verkehrsabga-

sen, der prallen Sonne ausgesetzt, Orangen und kleine Wasserbeutel. Oder sie prostituieren sich, stets dem Risiko von Ausbeutung und Aids ausgesetzt.

Fehlende Zusammenarbeit zwischen Experten und Regierung

Samba Dembele, Geographiestudent und Urbanisierungsexperte am «Institut d'Economie rurale», erkennt einen Hauptgrund für das aktuelle Chaos in Bamako im planerischen Blindflug seiner Stadt: «Uns fehlen die Grundlagen für eine nachhaltige Stadtplanung.» Es gebe heute weder einen Kataster für Bamako, noch eine klare Stadtentwicklungsstrategie. Was er besonders frustrierend findet: Sein Institut und andere Forschungseinheiten verfügten über viele Daten und Know-how, «aber es

findet kein Austausch zwischen der Forschung und den technischen Diensten des Staates und der Stadtverwaltung statt. Die Regierung interessiert sich schlicht nicht für unsere Arbeit».

Das jahrzehntelange Laissez-faire der Regierung hat weitreichende Folgen: «90 Prozent der städtischen Infrastrukturen sind heute an der Rive gauche konzentriert», sagt Dembele. Spitäler,

Wassermangel in der Hauptstadt Bamako: Im Viertel Niamakoro füllen Frauen ihre Plastikkanister an einer zentralen Wasserstelle.

© Samuel Schläefli



Ministerien, Verwaltungen und Geschäfte liegen praktisch alle im nördlich vom Niger gelegenen Stadtteil. Mit fatalen Folgen für die Mobilität: Jeden Morgen wälzt sich eine Blechlawine aus gelben Taxis und blauen Minibussen – der einzige ÖV der Stadt – gemeinsam mit tausenden von Autos über die drei Brücken, welche die beiden Uferseiten verbinden.

Zusätzlich angeheizt wird diese Dynamik durch die «Logements sociaux», uniforme, erdgeschossige Sozialbausiedlungen, welche an der Stadtperipherie seit einigen Jahren wie Pilze aus dem Boden schiessen. Gebaut von der Regierung an Orten ohne Arbeit, Spi-

täler oder Geschäfte, meist bewohnt von Beamten mit guten Beziehungen zu den für die Verteilung zuständigen Behörden. «Wie könnte die urbane Negativspirale Bamako durchbrochen werden?», will ich vom 32-jährigen Geographen wissen. «Wir müssen im Zentrum verdichten und die Infrastrukturen und städtischen Dienstleistungen dezentralisieren. Und die Sekundärstädte müssen unbedingt neu belebt werden», antwortet er.

Wer Sikasso gewinnt, hat Mali im Sack

An einem Dienstagmorgen breche ich gemeinsam mit Mariam Sissoko, Programmverantwortliche im DEZA-Kooperationsbüro Bamako, zu einer Tour durch die Sekundärstädte Bougouni, Sikasso, Koutiala und Ségou auf. In diesem Halbkreis östlich von Bamako leben rund 70 Prozent der 18.5 Millionen Einwohner Malis. Seit 20 Jahren befindet sich das Land, ein zentralistischer Staat nach französischem Vorbild, in einem Prozess der Dezentralisierung –

zumindest auf dem Papier. Kompetenzen und Gelder sollen vom Zentralstaat in Bamako auf die 703 Gemeinden Malis, darunter 19 «urbane» Kommunen, verteilt werden. Urbanistiker wie Dembelle erkennen darin ein grosses Potenzial: Bessere Infrastrukturen und Dienstleistungen in den Sekundärstädten könnten helfen, den enormen Druck auf Bamako zu reduzieren.

Nach jahrzehntelanger Konzentration auf die Hauptstädte, anerkennen mittlerweile auch die UNO und viele Entwicklungsorganisationen die tragende Rolle von Sekundärstädten für «inklusive, sichere und nachhaltige Städte sowie Siedlungen», das elfte Ziel der Sustainable Development Goals. Mit dem «Programme d'appui aux communes urbaines du Mali» (Pacum) hat die Weltbank eine Investitionsinitiative über 65 Millionen Franken gestartet, mit welcher die Entwicklung malischer Sekundärstädte vorangetrieben werden sollen. Die Schweiz ist der wichtigste bilaterale Partner und beteiligt sich mit 18.2 Millionen Franken am Programm.

Der zentrale Busbahnhof Bamakos ist informell gewachsen. Der Betrieb übersteigt schon lange die Kapazitäten.

© Samuel Schlaefli





Sikasso liegt 380 Kilometer südöstlich von Bamako, nahe der Grenze zu Burkina Faso und der Elfenbeinküste. Unsere Fahrt dorthin führt durch eine endlose, trockene Savanne, geprägt von Dornbüschen und dem trockenresistenten, feingliedrigen Niembaum. Sikasso ist mit einer Bevölkerung von rund 350 000 die zweitgrösste Stadt Malis und die Region Sikasso mit über drei Millionen die grösste von acht solchen Regionen im Land. Wer Sikasso gewinnt, hat Mali im Sack, heisst es bei Wahlen. Durch die Nähe zu den Nachbarländern und Bamako ist Sikasso in wirtschaftlicher Hinsicht günstig gelegen und fungiert als Transport- und Wirtschaftsknoten für die gesamte Umgebung.

Geht es nach den Behörden, soll Sikasso bis 2035 eine regionale Metropole mit Dienstleistungen für die gesamte Region werden. Doch die Herausforderungen sind riesig: Heute verfügt Sikasso über ein einziges Spital, das für rund zwei Millionen Menschen in und um die Stadt verantwortlich ist. Der einzige Kardiologe der Stadt unternimmt oft über 40 Konsultationen pro Woche, erzählt der Leiter des Gesundheitsamts. Zwar wird das zentrale Spital durch elf

Gesundheitszentren in den Stadtquartieren unterstützt, doch sie bieten lediglich ambulante Behandlungen ohne Eingriffe an.

1 Lehrer für 120 Schüler

Die Stadtverwaltung Sikassos sitzt in einem sandfarbenen Bau, umgeben von Dattelpalmen und Bougainvillea-Sträuchern in leuchtendem Purpur. Löcher in den Mauern und offene Warteräume sorgen für etwas Durchzug. Der Stadtpräsident und seine Vertrauten – ausschliesslich Männer – geben uns einen Einblick in die Urbanisierungswehen Sikassos. Adama Ballo, Verantwortlicher für Bildung und Gesundheit, macht besonders die Lage in den Schulen zu schaffen. «Wir haben bis heute Klassen mit 120 Schülern», erzählt er. Zur besseren Ausnutzung der verfügbaren Klassenzimmer findet der Unterricht in zwei Schichten statt – eine am Morgen, eine am Nachmittag. Als er seinen Posten vor zweieinhalb Jahren begann, habe er in den 17 Gemeinden, die zur Stadt gehören, Schulen besucht, die Bauruinen glichen und wo Kinder der prallen Sonne ausgesetzt lernen mussten.

Mit Unterstützung der Weltbank baute die Stadt zusätzliche Schulzimmer, die Lage konnte leicht entschärft werden. Doch mit der starken Land-Stadt-Migration und den zusätzlich ins Zentrum strömenden Kindern, werden die Erfolge gleich wieder aufgeessen. Ballo zeigt auf seinem Smartphone einen Film aus einem rappelvollen Klassenzimmer. Sämtliche hölzernen Zweierpulte sind mit jeweils drei Kindern belegt. Und zwischen der vordersten Pultreihe und der Wandtafel sitzen nochmals drei Reihen Kinder auf dem Boden. Während unseres Besuchs stehen die Schulen leer. Seit drei Monaten streiken die Lehrer zumindest zeitweise – eine Folge der aktuellen politischen Krise und fehlender Lohnzahlungen. Eine Generation wird ihrer Bildung beraubt und die Negativspirale der Armut weiter angeheizt.

Sikasso profitierte bislang überproportional von Investitionen im Rahmen von Pacum. Neue Markthallen wurden gebaut, Kanäle zum Abführen des Wassers während der Regenzeit gegraben, Strassen geteert, Schulgebäude und Gesundheitszentren hochgezogen. In vielen Bereichen ist die Stadt heute einen Schritt weiter als Bamako: Die Dezen-

tralisierung ist weiter fortgeschritten, für Investitionen in die Stadtinfrastruktur gibt es einen Prioritätenkatalog. Aktuell wird das Abfallsystem vom Zentralstaat an die Stadtverwaltung übergeben. Dank langjährigem Engagement von Experten der Belgischen Entwicklungskooperation das fortschrittlichste im gesamten Land.



Die Abfallsammler sind gut organisiert. Mehrere zentrale Sammelstellen im Zentrum werden von der «Décharge Contrôlée de Sikasso» bedient, welche die Abfälle mit Lastwagen in eine überwachte, 25 Hektar grosse Abfallhalde an der Peripherie transportiert. Dort wird der Müll grob getrennt, biomedizinische Abfälle werden verbrannt und die Rückstände in Betonsilos gelagert. Sikassos Abfallsystem könnte eine Blaupause für Bamako werden, wo der Abfall bis heute grösstenteils auf wilden Deponien inmitten der Stadt vor sich hin rottet.

Grosse Hoffnungen setzt man in Sikasso auch in die Erneuerung von Märkten. Wir besuchen den Markt im Viertel Sanabougou: Unter einem langen Wellblechdach wurden mit Pacum-Geldern Nischen mit weiss gefliesten Verkaufsauslagen gebaut. Darauf Mangos, Avocados, Tomaten, Fisch und Fleisch. Die 384 Verkaufsstände werden von einem privaten Betreiber organisiert, welcher der Stadtverwaltung dafür Miete und Kautions bezahlt. Das spült der Stadt monatlich 2600 Franken in die Kasse. Renovierte Märkte in anderen Vierteln generieren zusätzliche Einnahmen. Diese Gelder sollen der Verwaltung in Zukunft eigene Investitionen in die marode Infrastruktur ermöglichen. Diese ist Sand im Getriebe der aktuellen Urbanisierungsüberforderung, denn das neu geschaffene Angebot kann mit der zunehmenden Nachfrage nicht Schritt halten. Draussen vor den Markthallen haben Verkäuferinnen bereits wieder informelle Stände aufgebaut. «Wir können lediglich 15 bis 20 Prozent der dringend benötigten Infrastrukturprojekte realisieren», sagt Mahamadou Ouologuem, zuständiger Direktor für die Urbanisierung Sikassos. «Es fehlt uns an finanzieller Unterstützung sowie an Kapazitäten in der Verwaltung.»

Gestärktes Vertrauen in Koutiala

Klagen über fehlende Gelder als Hauptgrund für die schleppende Entwicklung in Mali hört Mariam Sissoko oft und ungerne. Die Agrarwissenschaftlerin ar-



Koutialas Stadtpräsident Omar Dembélé (Bild links) ist der Schweiz dankbar für Investitionen in Infrastruktur, Bildung und partizipative Prozesse. Vertreterinnen und Vertreter von Quartiervereinen (Bild oben) bringen die Bedürfnisse ihrer Quartiere in die Stadtplanung ein. Auf dem Bild rechts das Planungsteam für den neuen Busbahnhof in Bougouni.

© Samuel Schläpflin (3)

beitete 15 Jahre mit UN- und internationalen Entwicklungsorganisationen, bevor sie zur DEZA wechselte. Sie hat das Land immer wieder bereist, in mehreren Städten längere Zeit gearbeitet und kennt die meisten Stadt- und Gemeindepräsidenten noch aus früheren Tätigkeiten. Sie macht keinen Hehl daraus, dass sie manchmal an ihren eigenen Mitbürgerinnen und Mitbürgern ver-



zweifelt: «Viele haben nie gelernt, selbst Verantwortung zu übernehmen – sie warten auf bessere Zeiten und glauben, dass alleine die Regierung ihre Lebensbedingungen verbessern muss.» Hinzu kämen Inkompetenz und Korruption bei den politischen Eliten. Trotz allem ist sie überzeugt, dass es im Rahmen von Pacum immer wieder gelingt, Anstöße für eine nachhaltigere Urbanisierung zu geben. Koutiala, die nächste Destination unserer Reise durch die Sekundärstädte Malis, sei dafür das beste Beispiel.

Etwas über 200000 Menschen leben heute in der drittgrößten Stadt Malis, doppelt so viele wie noch vor 20 Jahren. Wir fahren am frühen Nachmittag ein, die Hitze ist noch unerträglicher als in Bamako, die staubigen Strassen sind praktisch menschenleer. Die Schweiz engagiert sich seit 2003 in Koutiala. Die Dankbarkeit dafür zeigt sich im Büro



des Stadtpräsidenten Oumar Dembelé, ein spindeldürrer Hühner, ganz in Schwarz gekleidet. Dort hängt eine Schweizer Flagge gekreuzt mit einer malischen. Die Schweizer Unterstützung sei existenziell, erzählt Dembelé. Der Pacum-Beitrag für dieses Jahr ist rund doppelt so hoch, wie die Einkünfte der Stadt und der Beitrag der Zentralregierung zusammen.

In ein Sitzungszimmer im ersten Stock der Verwaltung haben seit dem frühen Morgen Vertreter des «Comité de Développement du Quartier» (CDQ) auf uns gewartet. 16 von insgesamt 30 Quartiervertretern sind gekommen – darunter auch vier Frauen. Ein in Koutiala stationierter DEZA-Mitarbeiter hatte das CDQ

gemeinsam mit einer lokalen NGO über mehrere Jahre aufgebaut. Dafür gingen die Mitarbeitenden in die Quartiere, sprachen mit den traditionellen Chefs, organisierten Wahlen für die jeweiligen Vertreterinnen, die anschliessend für die Zusammenarbeit mit der «Mairie» ausgebildet wurden. Seither wird an Gemeindesitzungen per Konsens über Infrastrukturinvestitionen mit Schweizer Pacum-Geldern entschieden.

Adama Tangara, ein grau melierter Herr in einem silbrigen Kleid, repräsentiert das Quartier Darsalam I. «Unser Hauptproblem waren die Überschwemmungen während der Regenzeit», erzählt er. Ganze Siedlungen wurden fortgeschwemmt, die Betroffenen mussten

in Schulgebäude evakuiert werden. Sein Quartier schlug deshalb als erste Investitionspriorität Kanäle für die Entwässerung vor: «Seither haben wir viel weniger Probleme. Das gesamte Quartier hat davon profitiert.» Zugleich habe das CDQ die Verbindung und das Vertrauen zwischen der Stadtverwaltung und den Menschen in den Quartieren gestärkt.

Stadtpräsident Dembelé bestätigt dies. Wenn er heute ein privates Unternehmen damit beauftrage, mit öffentlichen Geldern ein Regenauffangbecken oder eine Metzgerei zu bauen, observiere die Quartierbevölkerung diese Arbeiten minutiös. Das ginge soweit, dass er Beanstandungen erhalte, wenn ein Unternehmen minderwertigen Sand für



Neue Infrastruktur für Sikasso:
Die neue Markthalle im Viertel
Sanabougou (unten) bietet Schatten
für Verkäuferinnen und mehr
Hygiene für Lebensmittel. Rechts
präsentieren Verantwortliche das
Klärbecken zur Aufbereitung von
Abflüssen aus der Deponie.

© Samuel Schlaefli (2)



den Bau einer Mauer verwerde. «Heute übernehmen die Bürger selbst Verantwortung», freut er sich.

«Katastrophe ist absehbar»

Koutiala war ein Pilotprojekt. Mittlerweile sei der partizipative Ansatz von der Weltbank für andere Städte übernommen worden, erzählt Sissoko nicht ohne Stolz. «Experten aus Washington kamen nach Mali, schauten sich verschiedene Projekte an, merkten, dass einige funktionieren und andere nicht und fragten sich: Wo liegt der Unterschied? Schnell realisierten sie – es liegt am Grad an Partizipation.»

Doch Partizipation braucht viel Geduld und eine Politik, die diese fördert. «Die Regierung baut in der Hauptstadt oft Dinge, nach denen niemand gefragt hat», erzählt Mahamoudou Wadidié nach unserer Rückkehr nach Bamako. Als «Bibliothek in Sachen Urbanisierung» war mir der Generaldirektor der Agentur für regionale Entwicklung vorgestellt worden. Seit 20 Jahren spreche man von Dezentralisierung und der Stärkung der Gemeinden und Quartiere; «es gibt sogar eine eigene Regie-

rungsstelle dafür!» Doch insbesondere in Bamako habe es die Regierung bisher verpasst, die Menschen an der Stadtentwicklung partizipieren zu lassen und sie für Widerstand gegen den urbanen Negativkreislauf zu mobilisieren. Mit weitreichenden Folgen. «Unsere Wälder verschwinden, die Flüsse werden immer kleiner und die Mülldeponien grösser», sagt Wadidié mit Nachdruck. «Noch ist es nicht zu spät, aber die Katastrophe ist absehbar.» ■

SCHWEIZER KNOW-HOW FÜR EINE URBANISIERTE WELT

Mehr Wissen zu Migration im urbanen Raum, Gebäudestandards für weniger CO₂-Emissionen und Unterstützung für effektivere Planung gegen Überschwemmungen – die Schweiz engagiert sich vielfältig für nachhaltigere Städte in Schwellen- und Entwicklungsländern.

(sch) Heute leben rund 4.2 Milliarden Menschen in Städten, also 55 Prozent der Weltbevölkerung. Bis 2050 werden es voraussichtlich 68 Prozent sein. Besonders in Entwicklungsländern, wo Urbanisierung nicht mehr zwingend mit wirtschaftlicher Entwicklung einhergeht, sind die Herausforderungen enorm. Städte werden in der Entwicklungszusammenarbeit eine zunehmend wichtige Rolle spielen. Die Schweiz bekennt sich deshalb zur «New Urban Agenda», welche 2016 an der UN-Konferenz «Habitat III» in Quito von den UN-Mitgliedsstaaten verabschiedet wurde. Sie dient als globaler Leitfaden für eine nachhaltige Urbanisierung bis 2036 und bezieht sich auf das Ziel elf der Agenda 2030, das «inklusive, sichere, resiliente sowie nachhaltige Städte und Siedlungen» anstrebt.

Migration und Urbanisierung

Abgesehen vom natürlichen Bevölkerungswachstum, ist die Land-Stadt-Migration mittlerweile der grösste Urbanisierungstreiber. Hinzu kommen grenzüberschreitende Flüchtlinge, die zu 60 Prozent in einer urbanen Umgebung leben. Die DEZA kooperiert deshalb aktuell mit Forschenden der ETH Zürich beim Thema urbane Migration. Ein breit angelegtes Forschungsprojekt soll mehr Wissen darüber schaffen, wie Migrationsdynamiken und Urbanisierungsprozesse zusammenhängen.

Dafür wird eine Fallstudie im stark urbanisierten, westafrikanischen Migrationskorridor Lagos-Abidjan durchgeführt. Stadtverwaltungen sollen gestützt auf die Erkenntnisse künftig

besser informiert und wirkungsvoller auf urbane Migration reagieren können. Dies auch mit dem Ziel, das soziale, ökonomische und kulturelle Potenzial von Migrantinnen und Migranten in die Stadtplanung zu integrieren.

Sparsame Gebäude und effiziente Stadtverwaltung

Städte verbrauchen heute rund zwei Drittel der globalen Energieressourcen und sind für 70 Prozent der Treibhausgase verantwortlich. Ausgehend von einer Anfrage der indischen Regierung, unterstützt die DEZA Indien seit den 90er-Jahren darin, seine Energieeffizienz zu steigern, insbesondere im Gebäudesektor. Im Rahmen des «Building Energy Efficiency Project» (BEEP) wurde Indiens erster nationaler Energieeffizienzstandard für Wohngebäude entwickelt. Dieser wurde im Dezember 2018 von der indischen Regierung verabschiedet. Damit können bis 2030 schätzungsweise 100 Millionen Tonnen CO₂ eingespart werden – beinahe die jährlichen Emissionen der Schweiz.

Zusätzlich werden die Partnerstädte Coimbatore, Rajkot, Siliguri und Udaipur bei einer kohlenstoffarmen Stadtentwicklung und Anpassung an den Klimawandel unterstützt. Im Rahmen des Projekts «CapaCITIES» werden die Kapazitäten in den Stadtverwaltungen gestärkt und Schlüsselpersonen ausgebildet sowie die Erfahrungen mit weiteren indischen Städten geteilt.

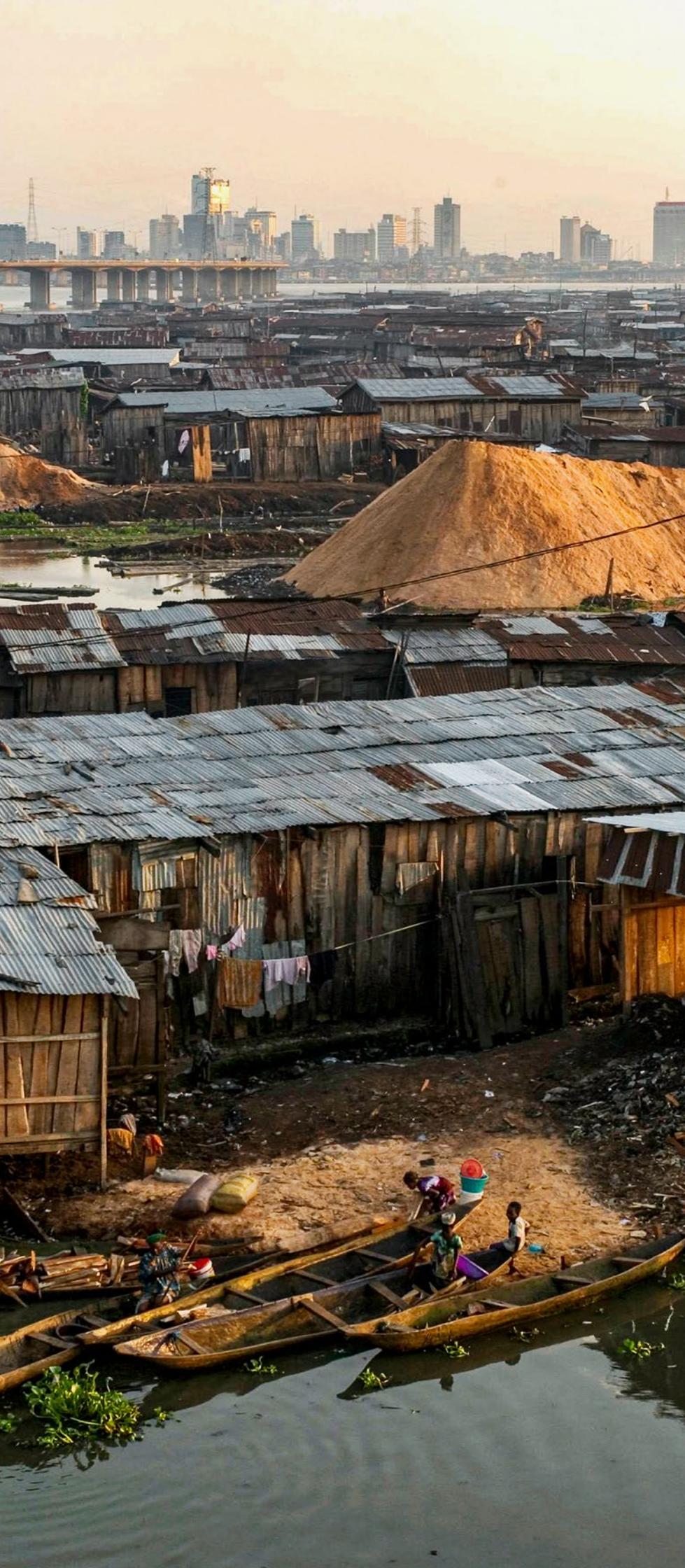
An den Rändern vieler Städte in Entwicklungsländern entstehen heute Slums ohne ausreichendes Angebot

an Lebensmitteln. Im Bereich Landwirtschaft und Ernährungssicherheit entwickelt die DEZA deshalb das Programm «Democratizing the future of farming» (Bloom), das die Marktverbindung zwischen Bauern und armen Städtern in Indien, Nepal und Bangladesch stärken soll. Mit der ETH Zürich wurde 2019 zudem ein Programm initiiert, das den Kreislauf von Nährstoffen zwischen städtischen und ländlichen Gebieten in Afrika fördert. Namentlich werden organische Abfälle in Form von Düngern zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität eingesetzt.

Nachhaltige Investitionen in Infrastruktur

Das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) hat gemäss Botschaft zur Schweizer Entwicklungszusammenarbeit seit 2013 den expliziten Auftrag, Städte in den Partnerländern bei der integrierten Stadtentwicklung zu unterstützen. Inzwischen finanziert es 24 Projekte oder Programme mit einem Gesamtbudget von 150 Millionen Franken. Städte werden bei Planungen und Entscheidungen zu Stadtentwicklung und Infrastrukturinvestitionen unterstützt. Hinzu kommt die Stärkung von öffentlichen und privaten Finanzierungsmechanismen für städtische Infrastruktur. Dabei stehen drei thematische Bereiche im Fokus: urbane Mobilität, Energiemanagement sowie Stärkung der Resilienz in Hinblick auf den Klimawandel.

Das «City Resilience Program» (CRP), ein vom SECO und der Weltbank aufgebauter Fonds, unterstützt 30 Städte bei ihren Vorbereitungen auf poten-



zielle Naturkatastrophen. Die vietnamesische Stadt Can Tho zum Beispiel wird während der Regenzeit oft von Überschwemmungen heimgesucht. Betroffen ist besonders die Bevölkerung in informell gewachsenen Vierteln. Das SECO hilft der Stadt mittels eines Geoinformationssystems (GIS), die Überschwemmungsrisiken genau zu lokalisieren und zu analysieren. Darauf basierend können die Behörden ihr Risikomanagement und die Flutkontrolle verbessern sowie zukünftige Entwicklungsschwerpunkte und Investitionen besser räumlich festlegen. ■

Die ETH Zürich führt im stark urbanisierten westafrikanischen Migrationskorridor zwischen Lagos (im Bild) und Abidjan ein breit angelegtes Forschungsprojekt durch, um mehr darüber zu erfahren, wie Migrationsdynamiken und Urbanisierungsprozesse zusammenhängen.

© Grabka/Laif

KOOPERATION ÜBER GRENZEN HINWEG

Mit dem «Programme de Coopération Transfrontalière Locale» unterstützt die Schweiz in Westafrika die Raumplanung über staatliche Grenzen hinweg. Im Grenzgebiet von Mali, Burkina Faso und der Elfenbeinküste wird nun in dringend benötigte Infrastrukturen investiert.

(sch) Viele Grenzen zwischen westafrikanischen Staaten wurden von den Kolonialmächten willkürlich gezogen. Sie werden von den dort lebenden Menschen bis heute als Hindernis wahrgenommen. Die Grenzen schränken den freien Personen- und Warenverkehr ein und hindern die regionale Integration. Darunter leidet auch die wirtschaftliche Entwicklung der Grenzregionen. Das durch die Schweiz unterstützte «Programme de Coopération Transfrontalière Locale» (PCTL) fördert deshalb in Zusammenarbeit mit den Ländern der «Westafrikanischen Wirtschafts- und Währungsunion» (UEMOA) die regionale, grenzübergreifende Integration.

Dafür wurde in einem ersten Schritt eine 165 000 Quadratkilometer grosse Region mit über 7,5 Millionen Einwohnern zwischen Mali, Burkina Faso und der Elfenbeinküste auf Stärken und Schwächen bezüglich Landwirtschaft, Ausbildung und Gesundheitsversorgung analysiert. Das Ergebnis: Das

grosse wirtschaftliche Potenzial dieser Region mit den Hauptstädten Abidjan, Bamako und Ouagadougou wird nur bedingt genutzt.

Verbesserte Strassen im Fokus

Ein wichtiger Grund dafür liegt am Strassenzustand. Insbesondere kleine, interregionale Strassen sind oft in schlechtem Zustand und während der Regenzeit teilweise unpassierbar. Lebensmittel verderben, bevor sie den Weg auf die Märkte der Region finden. Auch hat die Analyse ergeben, dass in den meisten Regionen eine grosse Nachfrage nach Spitälern, Schulen und sanitären Anlagen besteht. In mehreren Workshops mit Vertretern aus Gemeinden, Städten und Regionen sowie der Zivilgesellschaft wurden sechs prioritäre, grenzübergreifende Zonen bestimmt und 18 konkrete Projekte ausgewählt. Acht betreffen die Verbesserung von zentralen Strassenabschnitten von insgesamt 850 Kilometern Länge.

Weiter wurden Projekte für ein besseres Wassermanagement in einer Zone zwischen Mali und Burkina Faso ausgewählt, welche landwirtschaftlich grosse Bedeutung geniesst. Zudem sind vier grenzüberschreitende Gesundheitszentren geplant.

Insgesamt sollen in den kommenden Jahren rund 79 Millionen Franken (45 670 Millionen FCFA) investiert werden. Drei Projekte werden mit 5,5 Millionen Franken direkt von der Schweiz finanziert. Für alle anderen versucht die Dachorganisation der beteiligten Regionen derzeit Gelder zu mobilisieren. ■

Informeller Markt in Malis
Sekundärstadt Sikasso. Für
Produzenten sind die Wege auf die
Märkte oft lang und beschwerlich.

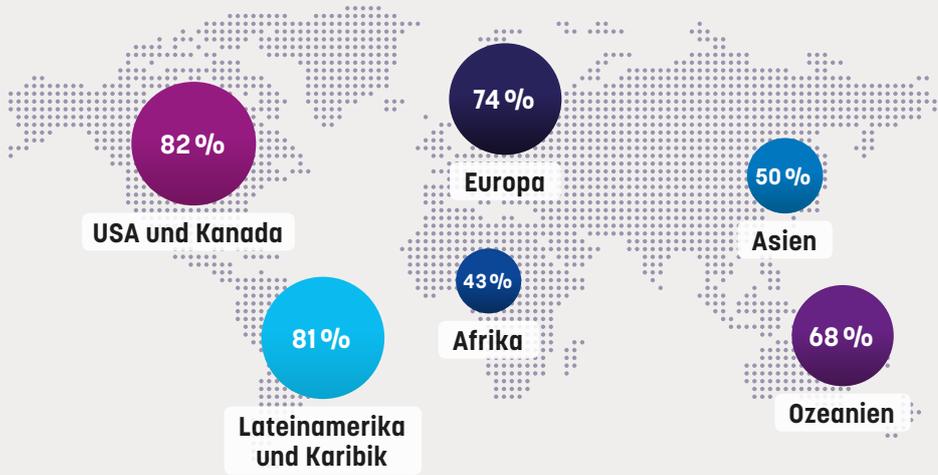
© Samuel Schläefli



FACTS & FIGURES

Wo weltweit am meisten Menschen in Städten leben

(Anteil der Bevölkerung in Stadtregionen an der Gesamtbevölkerung)



Die grössten Städte der Welt

(inklusive Agglomeration, in Millionen)



«Es ist entscheidend, die wichtigsten Urbanisierungstrends für die kommenden Jahre zu verstehen, damit die Agenda 2030 für eine nachhaltige Entwicklung umgesetzt werden kann.»

UN Department of Economic and Social Affairs

Schlüsselzahlen

- Im Jahr **1950** lebten **751** Millionen Menschen in Städten, **2018** waren es **4.2** Milliarden
- **2018** lebten **55** Prozent der Weltbevölkerung in Städten - **2050** werden es laut UN-Prognosen **68** Prozent sein
- Fast die Hälfte der globalen Stadtbevölkerung lebt heute in Städten mit weniger als **500 000** Einwohnerinnen und Einwohnern
- Etwas mehr als **12** Prozent der Weltbevölkerung lebt in **33** Megacities mit mehr als **10** Millionen Einwohnern
- Bis **2030** wird es voraussichtlich **43** Megastädte mit mehr als **10** Millionen Einwohnern geben - die meisten davon in Entwicklungsländern
- Bis **2050** werden zusätzlich **2.5** Milliarden Menschen in Städten leben, wobei **90** Prozent dieses Anstiegs auf Asien und Afrika entfällt. **35** Prozent des prognostizierten Wachstums entfällt auf drei Staaten: Indien (**+416** Mio.), China (**+255** Mio.) und Nigeria (**+189** Mio.)

Quellen und Links

World Cities Report: <http://wcr.unhabitat.org>

Der «World Cities Report» von UN Habitat analysiert die globalen Urbanisierungstrends der vergangenen 20 Jahre.

Mercer: <https://mobilityexchange.mercer.com>

Das Beratungsunternehmen «Mercer» publiziert jährlich ein Ranking der Städte mit der höchsten Lebensqualität.

DESA: www.un.org/development/desa

In den jährlichen Berichten der UN-Abteilung für wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten (UN DESA) werden die aktuellsten Zahlen zur globalen Urbanisierung präsentiert.

New Urban Agenda: <http://habitat3.org>

Die «New Urban Agenda» enthält eine von den UN-Mitgliedstaaten geteilte Vision einer nachhaltigen Zukunft in Städten.



AM ANFANG WAR DAS FEUER

Nicaraguas Jugend protestiert seit April 2018 unablässig gegen das Ortega-Regime. Zusammen mit zunehmend grösseren Teilen der Bevölkerung fühlt sie sich durch die diktatorischen Züge, Vetternwirtschaft, Stagnation und Arbeitslosigkeit um ihre Zukunft betrogen.

Text: Michael Castritius

Im April 2018 schlugen Flammen aus dem Bioservat «Indio Maíz» in der Karibik-Region im Südwesten Nicaraguas. 5500 Hektar Regenwald fielen ihr zum Opfer. Umweltbewusste Gruppen von Studenten und Schülern starteten Proteste gegen die Regierung, die sich tagelang nicht um das Feuer kümmerte. Sie verweigerte sogar Waldbrandspezialisten aus dem nahen Costa Rica die Einreise über den Grenzfluss Rio San Juan.

Präsident Daniel Ortega zündelte stattdessen sozial-politisch. Um die heruntergewirtschaftete Sozialversicherung zu sanieren, verkündete er drastische Beitragserhöhungen. Das brachte viele Nicaraguanerinnen und Nicaraguaner dazu, sich den Protestierenden anzuschliessen – landesweit. Aus dem Feuer war ein politischer Flächenbrand geworden.

Rebellion gegen Ex-Revolutionär

Mit den Jugendlichen protestierten jetzt grosse Teile der Bevölkerung. Selbst als der Waldbrand verraucht war und der Präsident die Sozialreform kassierte, blieben die Menschen im Widerstand. «Ortega muss weg» war schnell ihr Motto geworden. Denn der Machthaber hatte mit entfesselter Brutalität auf die Proteste reagiert: Hochgerüstete Polizisten versuchten, die Demonstranten zu vertreiben, paramilitärische Gruppen prügeln ungehemmt auf Rentner, Frauen und Jugendliche ein. Scharfschützen verbreiteten Angst und

Terror. Die blutige Bilanz: 350 Tote, über 1000 Verletzte, hunderte Protestierende festgenommen und viele gefoltert.

Die UNO erklärte, dass gezielt vor allem auf Jugendliche geschossen worden war. Als der Terror weiterging, verschanzten sich viele Studenten in ihren Universitäten, angehende Mediziner versorgten die Verletzten und Gefolterten, die aus Sicherheitsgründen nicht in Krankenhäuser gebracht werden konnten. Die Regierung verbot schliesslich Demonstrationen, sie seien eine Bedrohung des Friedens. Wer trotzdem auf die Strasse geht, muss mit hohen Gefängnisstrafen rechnen. Gegen die bewaffneten Polizisten und Schlägertrupps der Ortega-Partei ist offener Widerstand nicht mehr möglich. Etwa 40 000 Aktivisten sind geflohen, die meisten nach Costa Rica. Es herrscht gespenstische Ruhe im Land. Totenstille.

Geflüsterter Aufschrei

Unter Vermittlung der katholischen Kirche fanden erfolglose Verhandlungen statt. Diktator Ortega wollte Zeit und Reputation gewinnen, verweigerte aber vorgezogene, freie Wahlen oder gar den Rücktritt. Weihbischof Silvio Baez, der sich besonders für die Jugendlichen engagiert hatte, wurde inzwischen nach Morddrohungen in den Vatikan abberufen. «In Nicaragua sind wir soweit gekommen, dass für ein paar Geldscheine viele zu Mördern geworden sind», klagte er. «Es ist teuflisch.»

Im Untergrund schwelt der Aufstand weiter. Die 20-jährige Yesenia (Name von der Redaktion geändert) hat zwar Angst, erneut ins Gefängnis zu kommen, aber ans Studieren ist für sie nicht zu denken. «Seit letztem Jahr sind wir permanent auf der Flucht», sagt sie. «Die Angst um unsere Sicherheit ist alltäglicher Begleiter.» In einer konspirativen Wohnung berät sie mit Kommilitonen die nächsten Aktionen. Viele haben ihre Familien verlassen, um die nicht auch noch zu gefährden. «Wir können nicht mehr schreien wie im April 2018, aber wir haben noch eine flüsternde Stimme in Nicaragua», meint Yesenia. Es geht den Jugendlichen um nichts weniger als um ihre Zukunft, für die sie unter Diktator Daniel Ortega Schwarz sehen.

Des Guerilleros neue Kleider

Damit richtet sich ihr Aufstand gegen einen 73-jährigen Revolutionsveteranen, der einst dazu beitrug, eine Diktatur zu stürzen. 1979 hatte die Sandinistische Befreiungsfront FSLN den Alleinherrscher Somoza vertrieben und gut ein Jahr später im paraguayischen Exil ermordet. Daniel Ortega wurde erst Junta-Chef und ab 1985 Präsident. Nicaragua stand für Linke weltweit als Symbol für Freiheitskampf und soziale Errungenschaften. Allerdings entfachten Konterrevolutionäre mit massiver Unterstützung der USA einen Guerillakrieg gegen das kleine Land, die Entwicklung stockte, die sozialistische



In den letzten Jahren können sich viele Familien in Nicaragua nur noch mit Strassenverkäufen über Wasser halten.

© Alex Garcia/Redux/laif

Regierung wurde rigider und 1990 abgewählt. Die sandinistische Führungselite bereicherte sich noch schnell am Staatseigentum, bevor sie die Macht abgab. Ortega mutierte zum langjährigen Präsidentschaftskandidaten.

Drei Mal verlor er, dann änderte er radikal seinen Kurs. Er schmiedete Bündnisse mit der extremen Rechten

im Land unter dem wegen Korruption verurteilten Ex-Präsidenten Arnoldo Alemán, liess sich von dem zuvor bekämpften konservativen Erzbischof Obando y Bravo trauen, brachte später ein absolutes Abtreibungsverbot durchs Parlament. Ortega erreichte Wahlrechtsänderungen zu seinen Gunsten und kehrte 2007 ins Präsidentenamt zurück. Seitdem hält er sich undemo-

ERNESTO CARDENAL – NICARAGUAS GEWISSEN

Seine Literatur ist längst legendär – «Das Evangelium der Bauern von Solentiname» von Ernesto Cardenal war revolutionäre Bibelergänzung in den 70er-Jahren, als die Sandinisten den Diktator Somoza bekämpften und 1979 vertrieben. Der Priester und Dichter Cardenal wurde in der Regierung Daniel Ortegas Kulturminister, wofür ihn Papst Johannes Paul II. öffentlich massregelte. Heute ist der 94-jährige Ernesto

Cardenal selber zur Legende geworden. Ortega verurteilt er als einen «stalinistischen Mafioso», dessen Herrschaft als Familien-Diktatur. Cardenals drastische Diagnose: Schizophrenie. Ortega, dessen Gattin Vizepräsidentin ist und der seine Familienangehörigen in strategische und lukrative Positionen gebracht hat, habe den Sandinismus verraten. Ländereien, Häuser und Unternehmen hätten sie sich angeeignet,

Bündnisse mit Erzkonservativen und Wohlhabenden geschlossen. Das sei doch unglaublich, surrealistisch, völlig verrückt, sagt Cardenal und ergänzt wehmütig: «Es gab eine Revolution, zehn Jahre einer sehr schönen Revolution. Diese Revolution haben wir verloren.»

kratisch an der Macht: besetzte Wahlrat und Oberstes Gericht mit seinen Gefolgsleuten, ignorierte das ursprüngliche Verbot der Wiederwahl, behinderte die Opposition und fälschte Wahlen.

Heute redet er wie ein Sozialist, ist mit der kubanischen und der venezolanischen Führung verbrüdet, regiert aber wie ein neoliberaler Autokrat. Gefolgsleute und vor allem Familienangehörige sitzen an Schaltstellen der Regierung, der Wirtschaft, des Militärs, der Justiz und der Medien. Allen voran seine Gattin Rosario Murillo, die Vizepräsidentin. Esoterisch gibt sie sich, vollgehängt mit Hippie-Ketten. Nahezu täglich spricht sie mittags übers Radio zum Volk. «Frieden, Liebe, Miteinander» ist ihr Mantra. Die Gewehre der Scharfschützen allerdings haben eine andere Sprache gesprochen.

Neoliberalismus des 21. Jahrhunderts

Dabei ging es der Bevölkerung zunächst gar nicht schlecht. Sozialprogramme halfen den Ärmsten. Die Hausfrau Martha Patricia Sánchez beispielsweise bekam von der Regierung ein kleines Häuschen geschenkt. «Casa del Pueblo Solidario» wird es genannt: Haus des solidarischen Volkes. 30 Quadratmeter, unterteilt in drei Nischen, Gasherd, Kühlschrank, Trinkwasseranschluss, ein dichtes Dach. Eine spürbare Verbesserung zu der Elendshütte, in der sie vorher hauste. Da war es noch beengter, regnete es hinein, die Wände waren aus Wellpappe.

«24 Jahre lang habe ich in Unsicherheit gelebt», sagt sie, «immer in der Angst, vertrieben zu werden. Jetzt habe ich Papiere, Daniel Ortega hat uns Besitzurkunden gegeben.» In Nicaragua ist der venezolanische «Sozialismus des 21. Jahrhunderts», neoliberal abgeändert worden: den Armen helfen, mit den Reichen dealen. Die Regierung konnte sich das leisten, solange billiges Öl aus Venezuela geliefert wurde. Die UNO be-

scheinigten Nicaragua Fortschritte bei der Bildung und im Gesundheitssystem. Im Vergleich zu mittelamerikanischen Nachbarländern wie Honduras, El Salvador oder Guatemala war die Gewaltkriminalität auf niedrigem Niveau, Jugendbanden nur Randerscheinungen. Wirtschaftlich ging es langsam bergauf, vor allem der Tourismus brachte Devisen ins Land.

Jugend im Wartestand

Aber Ortega hatte ein Kartenhaus gebaut, das in sich zusammenfiel, als der Ölpreis fiel und Venezuela in den ökonomischen Abgrund stürzte, erläutert der nicaraguanische Wirtschaftswissenschaftler Adolfo Acevedo. Die venezolanische Kooperation habe 550 Millionen US-Dollar im Jahr gebracht, sehr viel für sein kleines Land: «Als das versickerte, wuchs die Wirtschaft nicht mehr, der Bausektor und die Autoverkäufe brachen ein. Die Arbeitslosigkeit wuchs. Anstatt Gewinne zu verteilen, wurden plötzlich Verluste geteilt.» Ungerecht wurden diese Verluste geteilt: Die zurückgenommene Reform der Sozialversicherung hätte vor allem Rentner und Niedrigverdiener belastet. Und die Zukunft der Jugend.

Im trocken-heissen Olominapa, nordöstlich der Hauptstadt, fühlt sich die 16-jährige Mireya Castro Martínez ohnmächtig. Zur Schule kann sie nur sonntags gehen, die zwölfköpfige Familie braucht ihre Arbeitskraft. Der staubigen Erde versucht sie Tomaten, Zwiebeln und Gurken abzuringen. «Mein Traum ist es, mehr zu lernen», sagt sie. Im Idealfall wolle sie nach Managua auf die Universität. Aber da schwelt noch der politische Brand der Rebellion. ■

Michael Castritius war von 2005 bis 2010 ARD-Radiokorrespondent für Mittelamerika und die Karibik. Heute lebt er als freier Journalist in Mexiko.

NICARAGUA IN KÜRZE

Name

República de Nicaragua

Fläche

130 373 km²

Hauptstadt

Managua

Bevölkerung

6,4 Millionen

30% leben unter der Armutsgrenze; fast die Hälfte ist unter 25 Jahre alt

Durchschnittsalter: 26,2 Jahre

Ethnien

Mestizen (Mischung

Indigene/Weisse) 69%

Weisse 17%

Schwarze 9%

Indigene 5%

Sprachen

Spanisch 95%

Creol (Karibik-Englisch) und

indigene Sprachen 5%

Religionen

Römisch-Katholiken 50%

Protestantische Religionsgemeinschaften 33% (stark wachsend)

Andere oder keine 17%

Wirtschaft

Zweitärmstes Land in Amerika (nach Haiti)

Exportgüter: Rindfleisch, Kaffee und andere Agrarprodukte, Gold, Textilien



Aus dem Alltag von...

EDITA VOKRAL

LEITERIN DES SCHWEIZER KOOPERATIONSBÜROS IN MANAGUA, NICARAGUA

Aufgezeichnet von Christian Zeier

Als die Krise im April 2018 ausbrach, erlebten wir dramatische Monate, die uns beruflich und menschlich sehr fordernten. Was mit Protesten gegen die Sozialversicherungsreform begann, weitete sich rasch in einen breit abgestützten Aufstand für mehr Demokratie und Gerechtigkeit aus. Im ganzen Land gab es grosse Protestmärsche, wichtige Verbindungsstrassen wurden mit Barrikaden versperrt, und der Verkehr brach zusammen. Die Ungewissheit war gross:



Während Wochen taumelte das Land zwischen friedlichem Umsturz, Staatskollaps und Bürgerkrieg.

Ende Mai war ganz Managua von Barrikaden umgeben. Mitarbeitenden aus umliegenden Städten war der Weg zur Arbeit abgeschnitten. Wir legten im Kooperationsbüro einen Vorrat an Wasser, Nahrungsmitteln, Matratzen und Treibstoff an und bereiten uns auf das Schlimmste vor. Die Projektbesuche wurden eingestellt, die Zahlungen an Regierungspartner sistiert und die Zusammenarbeit mit Menschenrechtsorganisationen verstärkt. Dann liess die Regierung im Juli die Barrikaden gewaltsam räumen und Präsident Ortega verkündete die «Rückkehr zur Normalität».

Zwar können sich die Menschen jetzt wieder frei bewegen, die Güterversorgung hat sich normalisiert. Gleichzeitig gibt es jedoch gewaltsame Repression und politisch motivierte Verhaftungen. Die unabhängigen Medien wurden geschlossen oder mundtot gemacht. Protestmärsche sind nicht mehr erlaubt. Wer es dennoch tut, kann auf der Stelle verhaftet werden.

Das Kooperationsbüro in Managua befindet sich in der Nähe eines stark befahrenen Verkehrskreisels – ein wichtiger Versammlungsort der Opposition – der rund um die Uhr von der Polizei bewacht wird. Als Diplomatin passiert mir nichts, aber die lokalen Mitarbeitenden können angehalten und durchsucht werden. Auch die Smartphones werden kontrolliert. Eine regierungskritische WhatsApp-Nachricht kann den Besitzer in Probleme stürzen.

Wegen der Unsicherheit wird nicht mehr investiert, und der devisa-bringende Tourismus ist völlig eingebrochen. Viele haben ihre Arbeit verloren, und wer einen Job hat, muss oft zwei oder drei Familien versorgen. Zudem sind die Nettogehälter gesunken, während die Preise steigen. Diesen Stress spüren wir auch im Büroalltag, wenn die Mitarbeitenden von ihren Sorgen berichten. Ich frage mich täglich: Wie lange kann das Land noch durchhalten? Wie lange wird der Protest noch friedlich bleiben?

Der Konflikt fordert die Leitung des Kooperationsbüros in mehrfacher Hinsicht. Sicherheitsfragen wurden erstrangig und es galt, in kurzer Zeit ein Programm umzugestalten, das stark auf die Zusammenarbeit mit der Regierung ausgerichtet war. Zudem hat die Krise bei allen 35 Mitarbeitenden des

Kooperationsbüros psychische Spuren hinterlassen. Die gemeinsame Lageanalyse und das offene Gespräch im Team haben deshalb viel Raum erhalten. Wir versuchen, eine positive Arbeitsatmosphäre zu schaffen und psychologische Unterstützung zu bieten.

Einer der positiven Aspekte der Krise ist, dass der Protest gegen das Regime weitgehend gewaltfrei geblieben ist und dass Junge und Alte, Bauern, Studierende, Mittelschicht sowie Unternehmerinnen und Unternehmer nun unüberhörbar für ihre politischen Interessen eintreten. Die Menschen in Nicaragua haben so lange unter dem Krieg gelitten – sie wollen keine bewaffnete Auseinandersetzung mehr. ■

HUMANITÄRE HILFE UND DIALOGFÖRDERUNG

Vor der Krise wurden die meisten Programme in enger Zusammenarbeit mit der Regierung implementiert. «Wir setzten gemeinsame Ziele und erreichten gute Resultate», sagt Edita Vokral. Die Wirtschaft wuchs, und es gab Fortschritte in der Armutsreduktion. Doch die Entwicklung war nicht nachhaltig. Als Reaktion auf die Krise wurden die Projekte der DEZA temporär gestoppt, der Dialog mit der Regierung wurde weitergeführt. Das sei wichtig, um Menschenrechtsbedenken zu äussern und an die Einhaltung der Grundrechte appellieren zu können, so Edita Vokral. Zudem wurden Aktivitäten im Bereich der Humanitären Hilfe sowie der Dialogförderung lanciert, und das Engagement für Menschenrechte und Kultur wurde ausgebaut. Letztere, so Edita Vokral, sei oft das letzte Refugium einer Gesellschaft, in der dissidente Stimmen stumm gemacht werden.

Stimme aus Nicaragua ...

STARK IN DEN SCHWERSTEN MOMENTEN

Am 19. April 2018 lernte ich ein anderes Nicaragua kennen, ein Nicaragua, das mich an die Erzählungen meiner Grosseltern über die bewaffnete Revolution von 1979 erinnerte. Als ich vor den Gummigeschossen und dem Tränengas der Sicherheitskräfte flüchtete, wich das friedliche Managua meiner Kindheit – da spielte ich noch barfuss auf staubigen Strassen – den Bildern einer längst überwunden geglaubten gewalttätigen Vergangenheit. Wut, Ohnmacht, Schmerz, Solidarität und die Liebe zum Leben trieben uns an. Wir besetzten Strassen, Plätze und skan-



MARIA ALEJANDRA CENTENO, 20, studierte Politikwissenschaften und internationale Beziehungen in Managua. Aufgrund ihres politischen Engagements wurde sie wegen «Vandalismus» 2018 von der staatlichen Uni ausgeschlossen. Ihre Laufbahn ist unterbrochen, weil ihre Familie kein Studium an einer privaten Uni finanzieren kann. Sie gehört als Studentenvertreterin dem Verhandlungsteam der oppositionellen «Zivilen Allianz» an und engagiert sich vollzeitlich für diesen Prozess. In ihrer Freizeit liest sie Romane, um sich von den Problemen des Landes abzulenken. Später würde sie gerne eine diplomatische Karriere einschlagen.

dierten «Er soll gehen». Parolen gerichtet an den Präsidenten Daniel Ortega, der seit elf Jahren an der Macht ist. Wir ahnten damals nicht, was wir noch alles erleben würden. Aber wir hatten uns in Bewegung gesetzt, und nichts würde uns aufhalten können.

Einer der Auslöser der Krise im April 2018 war die umstrittene Sozialversicherungsreform. Aber eigentlich gingen ihr elf Jahre voraus, die geprägt waren von Machtmissbrauch, Menschenrechtsverletzungen, institutionalisierter Gewalt, Aushebelung der Gewaltentrennung und dem systematischen Versuch, kritische Stimmen zum Schweigen zu bringen. Bereits während der ersten Tage der Krise suchten wir Studenten den Kontakt zur Bauern-, Umwelt- und Frauenbewegung und weiteren Gruppen der Zivilgesellschaft. Wir schlossen uns alle für eine gemeinsame Sache zusammen: Gerechtigkeit und Demokratie.

Der Aufstand war spontan und unkoordiniert – Ausdruck eines verbreiteten Unbehagens in der Bevölkerung. Erst im Verlauf der Krise organisierte und konsolidierte sich die Protestbewegung. Die ersten Koordinationstreffen von Studierenden aus unterschiedlichen Universitäten, die sich zuvor nicht gekannt hatten, fanden in Kirchen, Parks, Privathäusern und besetzten Universitäten statt. Landesweit bildeten wir Studentenkomitees auf Gemeindeebene und wählten unsere Sprecherinnen und Sprecher. Wir verteilten Aufgaben, organisierten Foren und investierten in die politische Bildungsarbeit, denn wir waren alles Jugendliche ohne Erfahrung in der Politik. Jedes Treffen war selbst ein Lernprozess. Mit der Zeit organisierten wir nicht nur Protestmärsche und Studentenversammlungen, sondern engagierten uns auch in Foren, in denen wir lernten, unsere Emotionen besser zu kontrollieren.

Eine Delegation der Studenten beteiligt sich an den Verhandlungen der Oppositionsbewegung mit der Regierung. Dieser nationale Dialog wurde am 27. Februar 2019 lanciert. Ich bin eine von drei Vertreterinnen der Studentenbewegung an diesem für Nicaragua richtungsweisenden Dialog. Allerdings hatte ich Angst, dafür nicht gut genug vorbereitet zu sein und stand unter Druck. Ich entschied jedoch, meinen Fähigkeiten zu vertrauen und mich auf diesen Lernprozess einzulassen.

**«NICHT MIT WAFFEN, SONDERN
MIT IDEEN, MIT WORTEN,
PAPIER UND TINTE WOLLEN WIR
UNSER LAND VERÄNDERN.»**

Ich habe mich durch die Verhandlungen persönlich und in meiner Rolle als Leitfigur der Studentenbewegung weiterentwickelt. Es ist nicht einfach, vor die Öffentlichkeit zu treten und vor laufenden Kameras politische Erklärungen abzugeben. Diese Erfahrung lehrt einen, tolerant zu sein, einen kühlen Kopf zu bewahren und nicht aufzugeben, wenn es schwierig wird. Am Verhandlungstisch habe ich gelernt, nicht bei jeder Meinungsverschiedenheit aufzustehen und davonzulaufen, sondern immer wieder zurückzukehren und mich dem Dialog zu stellen. Mich hat die Widerstandskraft von uns Jugendlichen überrascht. Gerade in den schwersten Momenten spürte ich, wie stark wir sein können. Nicht mit Waffen, sondern mit unseren Ideen, mit Worten, Papier und Tinte wollen wir das Bewusstsein der Menschen in diesem Land verändern. Und dieses Bewusstsein liegt zum Glück ausserhalb der Reichweite staatlicher Repression. ■



GEFLÜCHTET ODER ANSÄSSIG – EINE SCHULE FÜR ALLE

Die Syrienkrise ist für die ganze Bevölkerung ein Drama – und für tausende von Kindern eine besondere Tragödie: Obwohl ein Grundrecht, wird ihnen die Schulbildung vorenthalten. Im Libanon und in Jordanien hat die Schweiz rund hundert Schulen saniert, damit einheimische und syrische Kinder zusammen lernen können.

Text: Zélie Schaller

Tausende syrische Kinder sind geflohen, um den Schrecken des Kriegs zu entgehen, der ihr Land seit 2011 in Atem hält. Mehr als 625 000 wurden im Libanon aufgenommen, rund 670 000 in Jordanien. Viele dieser Kinder gehen in die öffentlichen Schulen, doch letztlich hat nur jedes zweite geflüchtete Kind Zugang zur Schulbildung. Die Gründe dafür sind vielfältig: Sicherheitsprobleme, psychische Störungen aufgrund erlebter Gräueltaten, eigentlich verbotene Kinderarbeit zur Aufbesserung des Familieneinkommens, frühe Heirat sowie beschränkte Aufnahmekapazitäten der Schulen. Um letztere zu erhöhen, saniert die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit Schulanlagen. Seit 2012 und bis Ende 2019 werden insgesamt 78 Schulen in Jordanien und 49 im Libanon von Grund auf saniert. Darin erhalten rund 87 000 einheimische und syrische Schüler unter verbesserten Bedingungen Unterricht, unter anderem in Arabisch, Mathematik und Geografie.

Im Nordlibanon koordinieren Experten des Schweizerischen Korps für Humanitäre Hilfe (SKA) die Arbeiten mit dem Bildungsministerium. Architekt und Projektberater Ueli Salzmann erklärt die Strategie der DEZA: «Wir wollen 100 Prozent sichere Schulen aufbauen. Dabei geht es nicht nur um das gewalttätige Umfeld in der ganzen Region, sondern auch darum, dass der Landesnorden

immer wieder von Erdbeben heimgesucht wird. Gebäude, deren Strukturen den Erschütterungen nicht standhalten, sanieren wir nicht.»

Hohe Qualitätsvorgaben

Sobald ein Renovationsprojekt ausgearbeitet ist, werden Offerten einheimischer Unternehmer eingeholt, um die lokale Wirtschaft zu fördern. Als erstes wird die Kanalisation saniert und das Gebäude abgedichtet und gestrichen. Ausserdem werden die elektrischen und die sanitären Anlagen instandgesetzt sowie Türen und Fenster ersetzt. Auch Spielplätze werden gebaut. Alle Massnahmen werden so umgesetzt, dass auch Menschen mit Behinderung Zugang haben. «Wir verwenden qualitativ gutes Material, um das Funktionieren der renovierten Gebäude und Infrastrukturen sicherzustellen und einem raschen Zerfall vorzubeugen», unterstreicht Ueli Salzmann und ergänzt: «Als integraler Teil unserer Qualitätskontrolle bleibt zudem ein Schweizer Projektleiter vor Ort und überwacht die Arbeit nach anspruchsvollen Vorgaben.»

«Die Schule ist nun besser auf die Bedürfnisse der Kinder ausgerichtet», sagt Khaled Omar, Schulleiter von Beit Ayoub. «Die Schulkinder und Lehr-

Endlich ein Ort des Lernens, der seinen Namen auch verdient und auf die Bedürfnisse der Kinder ausgerichtet ist: Die Primarschule Zainab bint Arrasoul im jordanischen Sahab bei ihrer Eröffnung.

© DEZA

DAUERHAFTER NOTSTAND

Der blutige und gewaltsame Konflikt in Syrien ist von einer festgefahrenen Situation in eine beispiellose humanitäre Krise übergegangen. Das DEZA-Programm für die Region – dazu gehören Syrien, Jordanien, der Libanon, Irak und die Türkei – beruht auf humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit. Es umfasst den Schutz der Zivilbevölkerung, die Migration, Bildung und Erwerbseinkommen, Friedensförderung und Konfliktprävention sowie die Wasserbewirtschaftung. Die Aufnahmegemeinden und Flüchtlinge sollen sichere, nachhaltige und friedliche Lebensbedingungen erhalten. Für dieses Jahr hat die Schweiz für die notleidende Bevölkerung in Syrien und den Nachbarländern Unterstützung in der Höhe von 61 Millionen Franken zugesichert.

Die lokale NGO Right to Play organisiert in den Schulen für die Schülerinnen unterschiedlichste Aktivitäten - von Mal- über Hygiene-Kursen bis hin zu Wandmalereien.

© Right to Play (2)



Integrierte Kinder und Eltern

Die Hälfte der syrischen Flüchtlinge sind Kinder; mit der Sanierung der Schulen soll diese Generation eine Zukunftsperspektive erhalten und ihre Integration gefördert werden; die einheimischen und die syrischen Schulkinder werden gemeinsam unterrichtet, was hilft, mögliche Spannungen abzubauen.

Neben dem herkömmlichen Unterrichtsstoff lernen die Kinder auch Toleranz, und wie man zur Schule Sorge trägt. Zusammen mit der internationalen NGO Right to Play, organisierte die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit in jordanischen Pilotschulen Aktivitäten rund um Hygiene, Gesundheit und Instandhaltung. So beteiligten sich die Schülerinnen und Schüler etwa an einem Wettbewerb um das sauberste Klassenzimmer, dekorierten zusammen mit einem Künstler eine Mauer und legten einen Garten an. Gleichzeitig wurden auch die Eltern und die örtliche Gemeinde für die Zweckmässigkeit des Unterhalts von Schulgebäuden sensibilisiert. Ueli Salzmann ist überzeugt: «Wenn die Einwohner stolz darauf sind, kümmern sie sich auch darum.» ■

kräfte freuen sich über verbesserte Hygiene und ein angemessenes schulisches Umfeld: Wasser und Toiletten sind sauber, in den Klassenzimmern ist es nicht länger feucht.» Adnan Kornoz, Vorsteher der Sekundarschule Fneidek, ist über die neuen Sanitäreinrichtungen erleichtert: «Zum ersten Mal haben wir genügend Toiletten, nämlich 14 für 400 Schülerinnen und Schüler. Sie sind geschlechtergetrennt, was dazu beiträgt, dass die Eltern ihre Töchter zur Schule schicken.»

Die junge Syrerin Bushra ist eine von ihnen und ist begeistert: «Ich bin so glücklich in dieser Schule. Alles ist schön, sauber und hell!» Damit die Flüchtlingskinder tatsächlich aufgenommen werden können, hat die Schweiz auch Schulmobiliar finanziert. «In mehreren Klassenräumen fehlten sowohl Pulte als auch Stühle. Mit allem, was wir erhalten haben, kann ich nun zusätzliche Klassen eröffnen», sagt der Schulleiter von Ramtha, einer jordanischen Stadt unweit der syrischen Grenze.

PER VIDEO ZUM CHILI-CLUB

Die NGO Access Agriculture produziert mit Unterstützung der DEZA Lernvideos für Bäuerinnen und Bauern. Rund 200 Filme in 76 Sprachen erreichen weltweit ein Millionenpublikum.

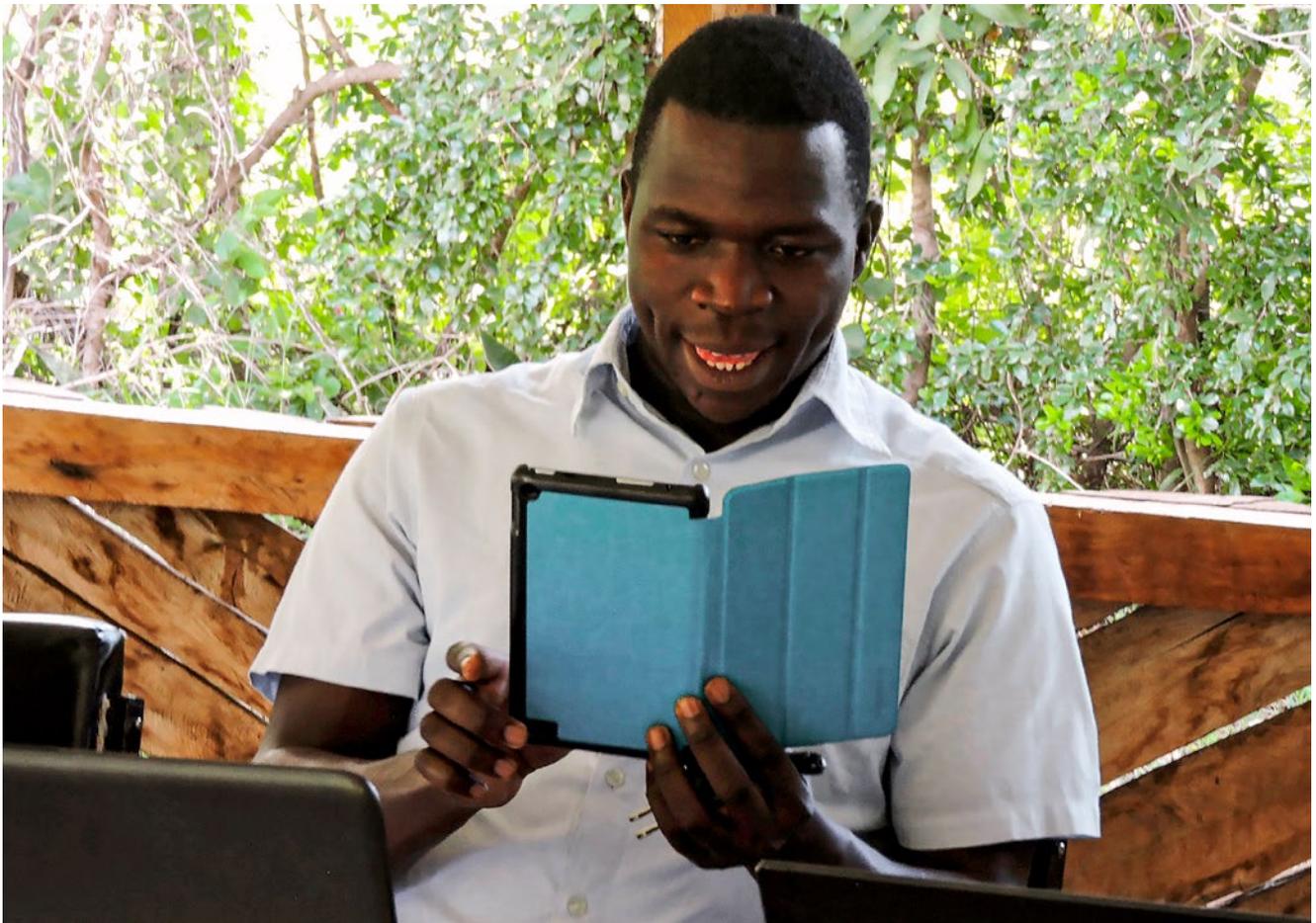
Text: Christian Zeier

Bis im Juni 2015 war Lester Mpinda ein Gemüsebauer wie viele andere im südlichen Malawi. Dann tauchten die ersten DVDs von Access Agriculture in seinem Dorf auf – und sein Leben veränderte sich. Es waren Lernvideos zum Anpflanzen von Reis und Chili, gesprochen in der lokalen Sprache Chichewa. Mpinda hatte einen DVD-Player, sein Nachbar einen TV – wann immer es dieser zu liess, schaute der Gemüsebauer nun die Videos. Je öfter er es tat, desto mehr lernte er.

Irgendwann kaufte Lester Mpinda frische Chilis, trocknete sie und pflanzte die Samen an – so wie es im Video gezeigt wurde. Die erste Ernte brachte ihm 1.4 Dollar pro Kilo ein. Dann lernte Mpinda bei einem von Access Agriculture organisierten Treffen eine neue Sorte Chili kennen und gründete zusammen mit Nachbarn seinen eigenen Chili-Club. Gemeinsam schauten sie Lernvideos und bildeten sich weiter. Die getrockneten Chilis der neuen Sorte verkauften sie für 3.50 Dollar pro

Ein Gemüsebauer in Malawi schaut sich auf seinem Tablet eines der Lernvideos von Access Agriculture an.

© DEZA





Lester Mpinda wurde dank den Videos zum erfolgreichen Chili-Bauern.

© Access Agriculture

Kilo – mehr als das Doppelte dessen, was Mpinda einst bekommen hatte. «Wir haben viel gelernt und konnten unseren Profit erhöhen», sagt der Gemüsebauer. «Ohne die Videos wären wir nie soweit gekommen.» Sein Chili-Club hat mittlerweile 120 Mitglieder.



Riesiges Potenzial

Die Erfolgsgeschichte ist eng verknüpft mit der Arbeit von Access Agriculture. Die NGO unterstützt seit 2012 lokale Organisationen bei der Produktion hochstehender Lernvideos, um in Entwicklungsländern nachhaltige Landwirtschaft und Kleinbauern zu fördern. Ganz wichtig dabei: Die Videos zeigen Bäuerinnen und Bauern aus dem globalen Süden, die unter ähnlichen Bedingungen Landwirtschaft betreiben wie ihr Zielpublikum.

Über 200 Filme in 76 Sprache gibt es mittlerweile. Sie lassen sich über die Website der Organisation abrufen, werden per DVD verteilt und können seit kurzem auch per App angesehen werden. Millionen haben sie bereits gesehen – im privaten Rahmen, an Anlässen, in Indien etwa werden die Filme sogar in TV-Shows gezeigt. Wichtigste Geldgeberin von Access Agriculture ist seit Beginn die Schweiz. «Das Projekt hat mit relativ wenig Ressourcen sehr viele Kleinbauern erreicht», sagt Simon Zbinden, Co-Leiter des Globalprogramms Ernährungssicherheit bei der DEZA. «Und das Potenzial zur Erweiterung ist immer noch riesig.» Dem stimmt auch Lester Mpinda zu. Der malawische Kleinbauer hat bereits die nächsten Videos gesichtet – bald pflanzt er auch Bohnen und Erdnüsse an. ■

ENDE DER UNTERSTÜTZUNG

Bis 2020 wird die DEZA insgesamt rund acht Millionen Franken in das Projekt investiert haben – danach soll Access Agriculture mithilfe anderer Geldgeber oder neuer Ertragsquellen ohne Schweizer Unterstützung auskommen. «Unser Ziel ist es, dass die Videos noch zehn bis 15 Jahre zur Verfügung stehen», sagt Simon Zbinden, Co-Leiter des Globalprogramms Ernährungssicherheit bei der DEZA. Darüber hinaus sei es sehr schwierig zu planen.

www.accessagriculture.org

EINBLICK DEZA

IRAN: HILFE NACH REGENFLUT

(ung) Mitte März hat es im Iran wochenlang sintflutartig geregnet. Betroffen waren 25 der 31 Provinzen des Landes. Die Schweiz hat den iranischen Behörden ihre Unterstützung angeboten. In zwei Schüben wurden mehr als fünf Tonnen Material zur Sicherung der Trinkwasserversorgung verschickt. Die Lieferungen beinhalteten Trinkwasserverteilmodule, Labors zur Kontrolle der Trinkwasserqualität, Desinfektionssets, Pumpen und Generatoren. Spezialisten des Schweizerischen Korps für Humanitäre Hilfe bildeten das Personal des Iranischen Roten Halbmonds für den Einsatz dieser Ausrüstung aus.

Projektdauer: 2019

Volumen: 1 Million CHF

BOSNIEN UND HERZEGOWINA: ENGAGIERTE JUGEND

(hel) Die Jugend ist gleichzeitig eine der wichtigsten Stützen der Gesellschaft und eine der verwundbarsten Gruppen. In Ländern der Transition, die von Konflikten geprägt sind, ist dies noch ausgeprägter. In Bosnien und Herzegowina entwickeln sich die Jungen zu einer frustrierten und passiven Nachkriegsgeneration, was sich auch in deren Selbstwahrnehmung widerspiegelt. Die Komplexität und Struktur der Regierung verhindert, dass die grössten Probleme wie etwa die Jugendarbeitslosigkeit von nahezu 40 Prozent angegangen werden. Die Mozaik-Stiftung setzt sich dafür ein, junge Menschen für den Aufbau von effizienten Lokalgemeinschaften zu motivieren. Ziel ist es, dass junge Menschen Geschäfte gründen und damit selbst Jobs kreieren. Die von der DEZA unterstützte Stiftung steht ihnen darin bei.

Projektdauer: 2019–2023

Volumen: 4.45 Millionen CHF

NOTHILFE NACH ZYKLON IDAI

(ung) Am 14. März 2019 traf der Zyklon Idai auf die mosambikanische Stadt Beira und deren Umgebung. Er war einer der stärksten tropischen Stürme der letzten 30 Jahre in dieser Region. Die DEZA entsandte ein SKH-Expertenteam und schickte 20 Tonnen Hilfsgüter. Bei der Trinkwasserversorgung legt die Schweiz den Fokus auf die Aufbereitung und Verteilung von sauberem Trinkwasser sowie die Desinfektion bestehender Wasserquellen. Der Zyklon hat auch in Malawi und Simbabwe zu massiver Nahrungsmittelknappheit geführt, weshalb die Schweiz 1 Million Franken für das Welternährungsprogramm eingesetzt hat.

Projektdauer: 2019

Volumen: 2 Millionen CHF

JUNGES, MITBETEILIGTES AFRIKA

(wla) Rund 65 Prozent von Afrikas Bevölkerung sind unter 35 Jahre alt. Trotzdem werden Jugendliche in den meisten afrikanischen Ländern von Entscheidungs- und Entwicklungsprozessen ausgeschlossen. Von Arbeitslosigkeit sind sie stark betroffen. Besonders in konfliktreichen Kontexten kann dies Instabilität und Gewalt begünstigen. Eine Stärkung der Jugend für Frieden und globalen Wohlstand ist deshalb zentral. Das von der Schweiz unterstützte Projekt «Engagement der Jugendlichen für die demokratische und sozioökonomische Entwicklung in Afrika» fördert Jugendliche dabei, sich an der demokratischen Staatsführung und der sozioökonomischen Entwicklung in den Mitgliedstaaten der Afrikanischen Union sowie der Comesa-Region einschliesslich Tansania und Mosambik zu beteiligen.

Projektdauer: 2019–2021

Volumen: 1 Million CHF

NÄHRSTOFFKREISLAUF STATT VERLUSTE

(get) Die sanitäre Infrastruktur einkommensschwacher Länder ist der rasanten Urbanisierung oft nicht gewachsen. Das von der DEZA finanzierte Forschungsprojekt Runres der ETH Zürich entwickelt mit dem Internationalen Institut für Tropische Landwirtschaft, lokalen Behörden und dem Privatsektor technische und organisatorische Lösungen für den Ausbau sanitärer Infrastruktur in vier afrikanischen Städten. Dabei können Mikronährstoffe aus Abwässern und Siedlungsabfällen rezykliert und als Kompost und pflanzlicher Brennstoff in die Anbaugelände zurückgeführt werden. Auf diese Art werden das Ernährungssystem in eine rural-urbane Kreislaufwirtschaft überführt und Arbeitsplätze geschaffen.

Projektdauer: 2019–2023

Volumen: 4.75 Millionen CHF

LEBENSPENDENDE FEUCHTGEBIETE

(get) Die Feuchtgebiete im Sahel bieten eine wichtige Lebensgrundlage für Menschen und Tiere, sind aber stark unter Druck. Auch führen Übernutzung, unsachgemässe Verwendung von Düngemitteln und Pestiziden, die Auswirkungen des Klimawandels und schlechte Gouvernanz zu Konflikten um Wasser und zu Migration. Zur Erhaltung dieser Lebensräume und zur Verbesserung der Ernährungssicherheit kofinanziert die DEZA das Projekt «Safeguarding Wetlands in the Sahel through Ecological Sustainable Water». Dieses wird in Mali und Äthiopien von vier Organisationen, unter ihnen Wetlands International und Caritas Schweiz, durchgeführt. Im Fokus steht die Umsetzung agrartechnischer, institutioneller und regulierender Massnahmen.

Projektdauer: 2019–2023

Volumen: 6 Millionen CHF



GEO-ENGINEERING – GEFAHR ODER LETZTE HOFFNUNG?

Obwohl Entwicklungsländer am wenigsten zum Klimawandel beitragen, sind sie am stärksten von dessen Folgen bedroht. Geo-Engineering könnte für sie ein Segen sein – aber auch ein Fluch.

Text: Christian Zeier

Auf den ersten Blick scheint die Idee so einfach wie verlockend. Wenn die Menschheit die Erderwärmung vorantreibt, wieso sollte sie diese nicht auch mittels Eingriffe in die Natur verringern? Visionen dazu gibt es zahlreiche: Raketen könnten reflektierende Schwefelpartikel in den Himmel schießen, um einen Teil der Sonnenenergie abzuhalten; durch das Düngen der Ozeane könnte das Planktonwachstum angeregt und mehr CO₂ absorbiert werden; und auch künstliche Bäume könnten zusätzliches Kohlendioxid aus der Luft filtern. Geo-Engineering nennt man solche Massnahmen. Es ist die bewusste Manipulation von Erd- und Klimasystemen in grossem Massstab.

Lange Zeit galten diese Ideen als Science Fiction, als unrealistisch und gefährlich. Doch mit zunehmender Dringlichkeit und steigenden Treibhausgasemissionen werden die Eingriffe immer mehr zur ernsthaft diskutierten Option der Klimapolitik. Sogar der Weltklimarat IPCC spricht in einem Ende 2018 veröffentlichten Sonderbericht von einem Plan B: Herkömmliche Klimaschutz-Massnahmen würden nicht ausreichen, um die Ziele des Pariser Abkommens zu erreichen, so das Experimentarium. Zusätzlich zum Plan A, die Treibhausgase nicht entstehen zu lassen, brauche es deshalb technologische Eingriffe in die Umwelt, um den Klimawandel abzumildern.

Möglich aber unsicher

Im Wesentlichen werden dabei zwei Kategorien unterschieden: Einerseits Massnahmen, die den Strahlungshaushalt beeinflussen und so die Atmosphäre in Bodennähe abkühlen (Solar Radiation Management, SRM). Andererseits CO₂-Entnahmetechnologien (Carbon Dioxide Removal, CDR), die der Luft Kohlendioxid entziehen und dieses dauerhaft speichern sollen. Beide Kategorien umfassen zahlreiche Ansätze, die sich in puncto Komplexität und Reife stark unterscheiden (siehe Randspalte). Gelänge es, solche Technologien in grossem Massstab einzusetzen und damit die Erderwärmung zu reduzieren, könnten Entwicklungsländer überproportional profitieren. Denn obschon sie am wenigsten zum Klimawandel beitragen, sind sie es, die am stärksten von dessen Folgen betroffen sind. Bislang jedoch sind die meisten Geo-Engineering-Massnahmen experimentell geblieben und wurden, mit Ausnahme der grossflächigen Aufforstung, nicht in grossem Massstab angewendet.

Diese Unsicherheit hinsichtlich der Folgen ist der Hauptgrund dafür, dass viele Formen des Geo-Engineerings stark umstritten sind. Das zeigte sich etwa im März dieses Jahres, als die Schweiz der Umweltversammlung der Vereinten Nationen in Nairobi einen Resolutionsentwurf vorlegte, der die UNO aufforderte, einen Bericht zum Geo-En-

EXTRAVAGANTE TECHNIKEN

Zu den CDR-Massnahmen gehören sowohl einfachere Eingriffe wie die grossflächige Aufforstung als auch komplexere Verfahren wie das BECCS-Verfahren, bei welchem Biomasse zur Energiegewinnung verbrannt und das dabei entstehende Kohlenstoffdioxid abgeschieden und im Boden gespeichert wird. Mögliche SRM-Massnahmen sind etwa das grossflächige Weissen von Dächern, das Installieren von Spiegeln im Weltall oder die Injektion von sonnenblockierenden Partikeln in die Stratosphäre. Letzteres wäre laut der bisher detailliertesten technischen Analyse «technisch möglich und erstaunlich preiswert», wie Harvard-Forscher herausgefunden haben. Nach ihren Berechnungen müsste man zwei bis zweieinhalb Milliarden Dollar pro Jahr während 15 Jahren investieren, um das Klima um 1,5 Grad abzukühlen. Das Vorgehen sei jedoch «sehr unsicher und ehrgeizig».

Nach dem Ausbruch des Vulkans Pinatubo auf den Philippinen reflektiert die Aschewolke das Sonnenlicht und reduziert so die Erderwärmung. Geo-Engineering-Befürworter wollen diesen Effekt wiederholen, indem sie sonnenblockierende Partikel in die Stratosphäre schießen.

© Reporters/laif

gineering zu verfassen. Darin sollten die verschiedenen Techniken klar definiert sowie ihre Chancen und Risiken erläutert werden. Doch wegen mangelnder Unterstützung musste die Resolution zurückgezogen werden.

Widerstand gab es von Ländern, die kein Interesse an einer fundierten, öffentlichen Auseinandersetzung mit Geo-Engineering haben, weil sie entweder den menschengemachten Klimawandel nicht anerkennen oder sich bei der Entwicklung eigener Techniken nicht einschränken wollen. Andererseits kam der Entwurf von Kritikern unter Beschuss, die sich für ein allgemein gültiges Geo-Engineering-Verbot einsetzen. In diesem Fall waren das vor allem die Heinrich-Böll-Stiftung und die internationale Umweltorganisation ETC Group.

Zunehmende Ungleichheit

Letztere hat zusammen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen auf fünf Kontinenten ein Manifest publiziert, in dem unter anderem ein Verbot von Geo-Engineering-Feldversuchen sowie ein Stopp aller CDR- und SRM-Projekte gefordert wird. «Unbeabsichtigte Folgen könnten massiv und unumkehrbar sein – insbesondere für Länder im globalen Süden», heisst es da. Geo-Engineering greife in schlecht verstandene und komplexe Systeme ein, weshalb die Interventionen aus unzähligen Gründen schief gehen könnten. Um die Folgen zuverlässig zu testen, müssten die Massnahmen auf einer so grossen räumlichen und zeitlichen Ebene eingesetzt werden, dass dies den Rahmen eines Experiments sprengen würde. Zudem sei die Gefahr gross, dass solche Eingriffe die globale Ungleichheit erhöhe statt verringere. «Es sind die reichen Länder und Konzerne, die das Budget und die Technologie haben, um den Planeten zu hacken», schreiben die Kritiker. Die negativen Konsequenzen hingegen müssten vor allem die ärmeren Länder tragen. So könnten grossflächige Massnahmen zu Verdrängungseffekten

führen. Eingriffe in die Sonnenstrahlung könnten eine Veränderung des Niederschlags in Monsungebieten, eine verringerte Biodiversität oder zusätzliche Dürren zur Folge haben.

Befürworter des Geo-Engineerings argumentieren, dass negative Effekte wie Temperatur- oder Niederschlagsextreme weitgehend vermieden werden könnten. In einer kürzlich veröffentlichten Studie der Universität Harvard kommen die Klimawissenschaftler Peter Irvine und David Keith zum Schluss, dass sich schonendere Ausprägungen des stratosphärischen Partikelschleiers verwirklichen liessen. Keith, der selbst Geo-Engineering-Experimente durchführt, argumentiert, dass eine langsame und graduelle Umsetzung der Massnahmen eine genaue Beobachtung der Veränderungen ermöglichen würde – so könnte man schnell genug auf unerwünschte Effekte reagieren.

Erneut zeigt sich hier das grosse Problem der Debatte: Es gibt Modelle und Experimente mit beschränkter Aussagekraft. Gesicherte Aussagen zu den Auswirkungen der Geo-Engineering-Methoden hingegen fehlen. «Wir brauchen eine Debatte, wie die potenziell Betroffenen an Entscheidungen teilhaben können», stellt deshalb der mexikanische Ökonom und ETC-Vertreter Octavio Rosas Landa fest. «Einige Geo-Engineering-Technologien könnten globale Auswirkungen haben», sagte der Schweizer Umweltbotschafter Franz Perrez gegenüber den Medien. «Wir fordern daher einen internationalen Dialog, um die Risiken und Chancen besser zu verstehen und die Notwendigkeit einer Aufsichtsbehörde zu bewerten.»

Kein Ersatz für Anstrengungen

Für einen solchen Dialog setzt sich auch Andrew Norton, Direktor des International Institute for Environment and Development in London, ein. Keine der diskutierten Technologien werde dieselben Auswirkungen auf reichere und ärmere Länder haben, so der Klimaex-

perte. Es sei daher wichtig, dass auch Entwicklungsländer bei der Frage in die Diskussion miteinbezogen würden, wie die Forschung in Zukunft zu regulieren und zu steuern sei. Wie dringend das ist, zeigt laut Norton die Tatsache, dass bereits jetzt fast alle Klimamodelle zur Erreichung des 1,5-Grad-Ziels des Pariser Übereinkommens dem Geo-Engineering eine entscheidende Rolle zuweisen.

Dieses Prinzip Hoffnung ist für den Klimaexperten eine der grössten Gefahren des Geo-Engineerings: «Der Fokus auf hypothetische Lösungen könnte von den dringend notwendigen Massnahmen zur Treibhausgasminde rung ablenken.» Oder wie es Deutschlands Umweltbundesamt in einer offiziellen Stellungnahme formuliert: «Durch Geo-Engineering droht ein Paradigmenwechsel, der die Einigkeit, dass Minderungs massnahmen in erheblichem Ausmass erforderlich sind, infrage stellt.» Sollten die Eingriffe nicht den gewünschten Effekt haben, könnten die Treibhausgase unvermindert das Klima verändern. «Nachfolgenden Generationen würde dadurch die Last der unbekannteren Folgen aufgebürdet.» ■

DRINGLICHKEIT UND ZIELE

Wenn es um die Begrenzung der globalen Erderwärmung geht, wird oft vom 1,5-Grad-Ziel und vom 2-Grad-Ziel gesprochen. Beide bezeichnen eine Begrenzung des Anstiegs der globalen Durchschnittstemperatur in Bezug auf das vorindustrielle Niveau. Das 2-Grad-Ziel geht auf einen EU-Vorschlag zurück und wurde 2015 im Übereinkommen der UNO-Klimakonferenz in Paris festgehalten. Doch ein Sonderbericht des Weltklimarats IPCC kam 2018 zum Schluss, dass bereits eine durchschnittliche Erwärmung um 1,5 Grad unaufhaltsame Klimaveränderungen in Gang setzen wird. Um das ehrgeizigere 1,5-Grad-Ziel zu erreichen, muss bis 2050 weltweite CO₂-Neutralität erreicht werden. Ab dann darf also die CO₂-Menge in der Atmosphäre nicht mehr steigen.

DIE GRENZEN DES ÖKOTOURISMUS

Millionen Reisende ziehen Jahr für Jahr um die halbe Welt. Und hinterlassen dabei Spuren in der Umwelt und bei der lokalen Bevölkerung. Trägt nachhaltiger Tourismus zur Armutsreduktion und zum Schutz natürlicher Ressourcen bei, oder ist dies bloss ein Trugschluss?

Text: Zélie Schaller

Ökotourismus am Vulkan Arenal in Costa Rica: Das kleine mittelamerikanische Land ist zum Opfer seines Erfolgs geworden und vermag den Besucherstrom kaum mehr zu bewältigen.

© Eisermann/laif

Wie haben Sie Ihre letzten Ferien verbracht? Haben Sie sich an einem Strand in Thailand geräkelt, in einer Institution für hörbehinderte Kinder in Madagaskar gejobbt oder den Schweizer Nationalpark im Engadin durchstreift? Tourismus ist so facettenreich wie die Vielfalt von Reisenden und Reiseprofis. Vor rund zwanzig Jahren ist der sanfte oder nachhaltige Tourismus aufkommen. Laut Welttourismusorganisation und Umweltprogramm der Vereinten Nationen definiert sich dieser

als Aktivität, «die ihre gegenwärtigen und zukünftigen ökonomischen, sozialen und ökologischen Auswirkungen vollumfänglich berücksichtigt und die Bedürfnisse der Besucher, der Industrie, der Umwelt und der Einheimischen integriert».

Ist dieses Konzept eine Modeerscheinung, die gutsituierten westlichen Reisenden ein reines Gewissen verschaffen soll, oder gibt es tatsächlich so etwas wie einen Ausgleich zwischen touristischer



Nachfrage und örtlichen Bedürfnissen? Hilft sanfter Tourismus, die Armut zu überwinden und die Natur zu erhalten? Tourismus ist ein Schlüsselsektor. Er trägt rund ein Zehntel zum globalen Bruttoinlandprodukt bei, bildet in vielen Entwicklungsländern eine der wichtigsten Exportwirtschaften und vermag, viele Stellen zu schaffen. «Mit seinen direkten und indirekten Auswirkungen ist er ein wesentliches Element der Armutsbekämpfung», hält das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) fest, welches für die Schweizer Tourismuspolitik verantwortlich ist und Projekte für nachhaltigen Tourismus auch in Partnerländern der Schweizer Wirtschaftszusammenarbeit durchführt.

Opfer des Erfolgs

In Indonesien starteten die unterstützten Tourismusaktivitäten auf der Insel Flores und wurden dann auf das Land

der Toraja, den Tanjung-Putting-Nationalpark und die Wakatobi-Inseln ausgedehnt. Die Bilanz ist laut SECO positiv: «Es wurden Arbeitsplätze geschaffen, und die Existenzgrundlage der lokalen Bevölkerung hat sich verbessert. Zwischen 2014 und 2018 sind 65 Prozent mehr Touristinnen und Touristen an die vier Destinationen gereist und haben fast 60 Prozent mehr Geld ausgegeben.» Allerdings hat dieser Zustrom von Touristen auch Einfluss auf die Umwelt. Stichworte dazu sind ein hoher Wasser- und Energieverbrauch sowie die gefährdete Biodiversität. SECO-Projektleiterin Martina Locher meint dazu: «Die Verbesserung der Lebensbedingungen dank dem Tourismus erlaubt den Menschen, sich der Bedeutung der natürlichen Ressourcen wie etwa Fische, Wälder oder Berge bewusst zu werden. Erfahren Natur und Kultur vor Ort Wertschätzung, tragen Einheimische und Touristen Sorge dazu.»

Tourismusförderung und Umweltschutz sind auch für die DEZA nicht inkompatibel. Im Westen Kosovos hat sie letztes Jahr im Rahmen eines Projekts zur Tourismusförderung und zur Reduktion der Arbeitslosigkeit die Entwicklung der Höhlen von Radavac unweit der Stadt Pejë unterstützt. Zum Schutz der Höhlen wurden der Besuchsbereich angepasst und das Beleuchtungssystem so konzipiert, dass es die Temperatur nicht beeinflusst und die Fledermauskolonien nicht stört. Der Betreiber gewährleistet den Unterhalt des Höhlenwegs; zudem wurde ein Abfallsammelsystem eingerichtet bei dem Kunststoffabfälle zu Granulat recycelt werden.

Doch nicht immer verläuft die Sache problemlos. In Costa Rica etwa, bekannt für seinen Ökotourismus, droht die Situation zu eskalieren. Das kleine mittelamerikanische Land ist zum Opfer seines Erfolgs geworden, vermag den Besucherstrom kaum zu bewältigen und muss die Tourismusunternehmer zügeln. Manche möchten im Namen des Ökotourismus in Gebiete mit einzigartiger Biodiversität vordrin-

gen – auch wenn neue Infrastrukturen und die bloße Präsenz von Menschen zulasten der Fauna gehen. So entwickeln bestimmte Rochenarten beim Auftauchen von Menschen Stresssymptome. «Generell muss man zusammen mit den Gemeinschaften vor Ort eine maximale Besucherzahl festlegen und bestimmen, welche Art von Touristen sie anziehen wollen», sagt die Tourismusexpertin Veronika Schanderl von Swisscontact, einer NGO, die SECO- und DEZA-Projekte umsetzt.

Qualität oder Quantität?

«Städte und einzelne Hotels beginnen, mit Qualität statt Quantität die Anzahl Gäste zu beschränken, denn jede Wachstumslogik läuft der Nachhaltigkeit zuwider», unterstreicht Christine Plüss, Geschäftsführerin von «Fair unterwegs – Arbeitskreis Tourismus & Entwicklung» in Basel. «Immer mehr, aber immer noch zu wenige Akteure schlagen diesen Weg ein.» Die Fachstelle ermuntert Tourismusbetriebe dabei, auch Umwelt-, soziale und Governance-Kriterien zu berücksichtigen. Sie fordert faire Löhne in einem Bereich, der meist billige, kaum qualifizierte Arbeitskräfte beschäftigt. «Überdies machen Frauen einen Grossteil der Beschäftigten aus – nämlich rund 60 Prozent – und erzielen für dieselbe Arbeit ein um 15 Prozent tieferes Einkommen als die Männer», sagt Christine Plüss.

Der Verein erwartet von den Unternehmen auch, dass sie lokale Gemeinschaften berücksichtigen, indem sie zum Beispiel vor Ort einkaufen. Aber können alle von touristischer, allenfalls nachhaltiger Entwicklung profitieren, ohne dass das Sozialgefüge dabei erschüttert wird? «Jede Entwicklung bringt Veränderungen mit sich. Ziel von Swisscontact ist es, diese Veränderungen im Interesse der Bevölkerung und der Umwelt zu begleiten. Dieser Prozess erfordert Zeit, Sensibilität und Empathie», schliesst Veronika Schanderl. ■

NACHHALTIG REISEN - WIE GEHT DAS?

Nicht nur Tourismusprofis müssen mehr Verantwortung übernehmen, auch die Reisenden. «Reisen bedeutet Mobilität, also CO₂-Emissionen», hält Christine Plüss, Geschäftsführerin von 'Fair unterwegs', fest. Sie empfiehlt allen Reisenden, weniger mit dem Flugzeug zu reisen – «höchstens alle vier Jahre» – und länger vor Ort zu bleiben. Der Genfer Verein Tourism for Help hält die Touristinnen und Touristen dazu an, sich dem Verhaltenskodex der Bevölkerung anzupassen, mit der man in Kontakt kommt. «Die Art und Weise des eigenen Verhaltens kann das Leben und den Alltag der Einheimischen beeinflussen und Begehrlichkeiten und Missgunst wecken», warnt Geschäftsführerin Isabelle Lejeune. Darüber hinaus empfiehlt sie weitere Verhaltensgrundregeln: keine Abfälle hinterlassen, vor Ort einkaufen, Wasser sparen und sich an die Regeln halten.

Carte blanche

GEFÖRDERTER UNTERNEHMERGEIST MIT FALLGRUBEN

Bei der Entwicklungshilfe scheint momentan die Entwicklung des Privatsektors und der Unternehmensförderung sehr angesagt zu sein. Noch vor zehn Jahren gab es in Ruanda praktisch keine Unterstützung des Unternehmertums. Inzwischen stellen fast alle wichtigen Geberländer, darunter die USA, Grossbritannien und Deutschland, sowie Private wie die Mastercard Foundation, Mittel bereit. Zudem bieten Organisationen verschiedenste Dienstleistungen an – von Kurzschulungen für interessierte Studenten über technische Experten, die man einfliegen lässt, um eine hochspezialisierte Beratung anzubieten, bis hin zu umfassenden Mentoring- und Unterstützungs-



© 2VG

ALICE NKULIKIYINKA lebt in Kigali und arbeitet als Programmleiterin für das Business Professionals Network (BPN), eine internationale Schweizer Stiftung, die Kleinunternehmer in Entwicklungsländern fördert. Vor der Rückkehr in ihre Heimat arbeitete die Ruanderin fast fünfzehn Jahre im Bankensektor bei renommierten Schweizer Firmen. Als Projektleiterin, Produktmanagerin und Teamleiterin führte sie unter anderem internationale Teams in Zürich, London und New York City und leitete Projekte in Hongkong und Singapur. Alice Nkulikiyinka hat einen Master of Science in Wirtschaft und Informatik der Fachhochschule Worms, Deutschland, und einen Master of Science and Information in Management der Universität Konstanz.

programmen, die darauf abzielen, aus vielversprechenden Start-ups wichtige Player in der Industrie zu machen.

«DAMIT FÖRDERSTRATEGIEN FUNKTIONIEREN, IST ES WICHTIG, SIE AN DEN SPEZIFISCHEN KULTURELLEN UND HISTORISCHEN KONTEXT ANZUPASSEN.»

Ich bin selber im Förderungsbereich tätig und begrüße diese Initiativen. «Entrepreneur support» ist ein Paradebeispiel für den Übergang von der karitativen Hilfe zu einem neuen Modell der internationalen Zusammenarbeit, das auf tiefgreifende Veränderungen und eine langfristige Wirkung ausgerichtet ist. Man hilft Menschen, sich selbst zu helfen und trägt so zur Eigenständigkeit des Landes bei.

Damit haben wir aber noch keine Zauberformel für die erfolgreiche Entwicklungshilfe entdeckt, denn auch hier gibt es einige Fallgruben. Unter ihnen die Annahme, dass Lösungen auf der Makroebene automatisch auch auf der Mikroebene funktionieren, was nicht der Fall ist. Wie die Welthandels- und Entwicklungskonferenz (Unctad) in einem 2012 publizierten Bericht festhält, arbeiten die «Geber» mit sehr abstrakten Konzepten aus der Entwicklung des Privatsektors. Den Privatsektor in Entwicklungsländern behandeln sie als «Tabula rasa» und konzentrieren sich vor allem auf die Makroebene. Damit Förderstrategien funktionieren, ist es aber wichtig, sie an den spezifischen

kulturellen und historischen Kontext anzupassen.

Falsch ist auch die Annahme, dass jeder Geschäftsgründer das Zeug hat, ein wirtschaftlich relevanter Unternehmer zu werden. Allerdings nehmen gerade diejenigen Menschen gerne Unterstützung an, die nicht in der Lage sind, ihre Unternehmensprobleme selber zu lösen. Sie nutzen alle möglichen Programme, um Zugang zu kostenlosem Material, subventionierten Krediten oder Reisen zu erhalten. Langfristig kann die Entwicklungshilfe solche Betriebe nicht über Wasser halten, weil deren Leiter mehr Zeit ausserhalb als innerhalb ihres Geschäfts verbringen. Kurzfristig profitieren jedoch alle: der Unternehmer durch die Unterstützung, der Geber durch den Erfolg, den er vorweisen kann und die Regierung, weil sie überzeugt ist, dass in diesem wichtigen Bereich viel investiert wird.

Um Unternehmertum richtig zu fördern, gilt es deshalb, folgende drei Grundsätze zu beachten: Nur Unternehmen auswählen, die wirklich Wachstumspotenzial mitbringen. Die Unternehmer nicht nur im technischen Bereich, sondern auch in deren Denkweise unterstützen. Den Erfolg eines Unternehmers an seiner Fähigkeit messen, Einnahmen zu generieren und zu steigern.

In Ruanda gibt es immer mehr junge Menschen, die ein Unternehmen gründen und damit den Alltag der Bevölkerung verändern. Wir sollten sicherstellen, dass sie durch die Unterstützung nicht verwöhnt und abhängig, sondern herausgefordert werden. ■

AFRIKAS JUNGES, KREATIVES POTENZIAL



1

(bf) Im Fokus der an der Elfenbeinküste aufgewachsenen und mehrfach ausgezeichneten Schweizer Fotografin Flurina Rothenberger steht seit je die Jugend. Neben ihrer Lehrtätigkeit in der Schweiz und in Südafrika realisiert sie seit einigen Jahren das viel beachtete und weltweit vertriebene NICE Magazin, welches Arbeiten der jungen Generation von Fotografinnen, Gestalterinnen und Textern in Afrika präsentiert. «Es geht darum, einerseits den kreativen Jungen Afrikas eine Stimme zu geben und andererseits, einen Ort zu

portraitieren», sagt die 42-Jährige. Dies geschieht in einem bislang einzigartigen Arbeitsprozess, nämlich zusammen mit aufstrebenden Talenten vor Ort. Getragen wird das Projekt von dem von der Fotografin mitbegründeten Verein Klaym, welcher an den jeweiligen Produktionsorten Ausbildungsprogramme – von Fotografie- über Schreib-, Siebdruck- bis hin zu Grafik-, Blog- und Film-Workshops – für die Jugendlichen durchführt. Während der drei- bis sechsmonatigen Ausbildungszeit entsteht jeweils ein Magazin,

in dem transnationale junge afrikanische Perspektiven, Stile und Geschichten vorgestellt werden: Das erste Heft entstand 2016 in Pemba, Mosambik, das zweite 2018 in Abidjan an der Elfenbeinküste und im Juli dieses Jahres erschien das dritte NICE Magazin mit Geschichten aus Katlehong, einem Township östlich von Johannesburg in Südafrika.

*Informationen und Bestellung des NICE-Magazins: www.klaym.org
Instagram: @thenicemagazine*



2



3



4



5



6



7

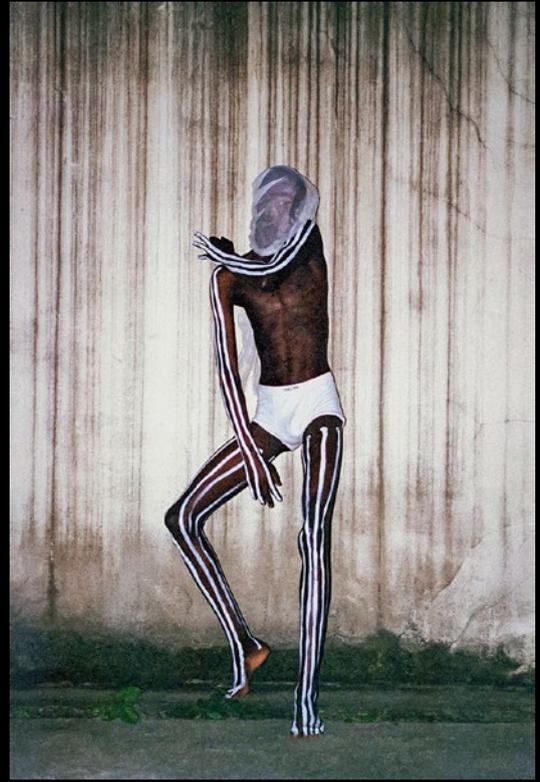
1 Célia Fumo, Mosambik 2016 / Flurina Rothenberger 2 Macho Rapper & the Power Ranger Gym, Ghana 2010 / Flurina Rothenberger 3 Benedicta Tweneboah, Ghana 2010 / Flurina Rothenberger 4 Thiaroye, Senegal, 2012 / Flurina Rothenberger 5 Kuito, Angola, 2014 / Flurina Rothenberger 6 Cover Nice No 3, Kathlehong, Südafrika, 2019 / Ketumile Meso & Hloni Matjila 7/8 Making-of NICE No 3, Kathlehong, Südafrika 2019 9 Abo mahlalela, Südafrika 2019 / Phindile Thengeni & Hloni Matjila 10 Miria, iyé i yèrè gniniga, Elfenbeinküste 2017 / Kader Diaby 11 Sakhile, Südafrika 2019 / Sibusiso Ndlanla

8





9



10



11



BEEINDRUCKENDES LEBEN – AUSSERGEWÖHNLICHER FILM

(drd) In einem verlassenen Dorf im gebirgigen Osten Nordmazedoniens lebt Hatidze Muratova zusammen mit ihrer von Krankheit und Alter gezeichneten Mutter. Ihren Lebensunterhalt bestreitet Hatidze durch den Verkauf von wildem Honig. Dabei verfolgt sie eine Philosophie des Gleichgewichts mit der Natur, indem sie immer nur eine Hälfte des Honigs nimmt und die andere Hälfte den Bienen zurücklässt. Als eines Tages eine kinderreiche Familie in das Dorf zieht und beginnt, die Imkerei kommerziell zu betreiben, gerät Hatidzes harmonisches Leben aus dem Gleichgewicht. Der bildgewaltige Dokumentarfilm «Honeyland» von Ljubomir Stefanov und Tamara Kotevska hat seinen Ursprung in einem Projekt der DEZA. Im Rahmen des Nature-Conservation-Programms, welches den Umweltschutz und den nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen fördert, wurde Hatidze entdeckt. Während dreier Jahre hat die Filmcrew Hatidzes aussergewöhnliches Leben dokumentiert. «Honeyland» wurde an internationalen Filmfestivals bereits mehrfach ausgezeichnet und wird diesen Herbst in ausgewählten Schweizer Kinos gezeigt.

<https://honeyland.earth/>

FILME

IDEOLOGISCHER KAMPF UM NAHRUNGSMÄRKTE

(dg) Wie kann die wachsende Zahl von Menschen trotz Urbanisierung und steigendem Wohlstand auch in Zukunft mit ausreichend Nahrung versorgt werden? Der Dokumentarfilm «Wie wird die Stadt satt?» beleuchtet diese Frage sowohl im lokalen als auch globalen Kontext. Er stellt zwei fundamental unterschiedliche Ansichten einander gegenüber: industrielle, zentralisierte Nahrungsmittelproduktion in Stadtnähe mit Gewächshäusern und Massentierhaltungsställen auf der einen Seite, biologischer Landbau und regionale Wirtschaftskreisläufe auf der anderen Seite. Repräsentiert werden die Haltungen vom holländischen Experten für industrielle Landwirtschaftssysteme Peter Smeets sowie dem deutschen Bio-Landwirt und Agrarwissenschaftler Felix zu Löwenstein. Entsprechend dienen als Beispiele Betriebe und Modelle aus Holland und

Deutschland. Thematisiert werden auch ein Vertragsanbau-Modell in Indien sowie eine Urban-Gardening-Gruppe in Berlin. «Wie wird die Stadt satt», Dok. von Irja Marten, D, 2013/2018, auf der DVD «Ein Menü für die Zukunft» und online Video on Demand (VOD); www.education21.ch/de/filme

MUSIK

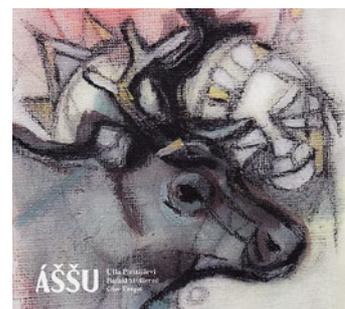
LEBENSGEFÜHL



(er) Es sind oft vergessene, verschwiegene und verdrängte Geschichten über Sklaverei, Diskriminierung, Missbrauch und

Vergewaltigung ihrer schwarzen weiblichen Vorfahren. Diese interpretieren die vier brillanten Sängerinnen der Formation «Our Native Daughters» poetisch aber unmissverständlich, und verbinden sie so mit dem Lebensgefühl von afroamerikanischen Frauen in den USA. Es sind ausdrucksreiche und wunderschöne Stimmen, die Musikstile wie Blues, Country, Cajun, Bluegrass und Folk verkörpern. Sie entfalten und umarmen sich gospelartig, ohne ihre eigenen Klangfarben zu verlieren. Rhiannon Giddens, Leyla McCalla, Allison Russell und Amythyst Kiah spielen dabei nebst ihren Instrumenten Fidel oder Cello alle das von der weissen, männlich dominierten Bluegrass-Szene adaptierte Banjo der Sklaven – ein selbstbewusster Auftritt der schwarzen Künstlerinnen. Drei Musiker begleiten sie einfühlsam. Entstanden ist eine grossartige CD mit einem sehr informativen Booklet, die zutiefst berührend scheinende Begebenheiten mit harmonischen Wohlklängen zusammenführt. *Our Native Daughters: «Songs of Our Native Daughters» (Smithsonian Folkways/Galileo Music Communication)*

LEBENSFRAGMENTE



(er) Tief gutturaler Klang von Silben, Wörtern oder kurzen Phrasen erfüllt und erfüllt die Ohren. Dazu tragen melodisch dahingleitende Akkorde von Saiteninstrumenten untermalt von sanft treibenden Percussionbeats bei. Das gehört zum Joik, wie ihn das indigene Volk der Samen in Lapland als Tradition und Element des schamanischen Glaubens kennt. Diesen Gesang pflegt die nordfinnische Sängerin Ulla Pirttijärvi wunderbar intensiv, sensibel unterstützt durch die zwei virtuos stimmig spielenden Musiker Olav Torget und Harald Skullerud. Die 47-Jährige besingt ihre Alltagsbeobachtungen, zudem Sinneseindrücke, Liebes- und Glücksgefühle. Sie berichtet von Landschaften, Dörfern, ihr nahestehenden Menschen und Vorfahren, u. a. von ihrem Urgrossvater, der Rentiere hütete. Ihre ebenso lebhaften wie stillen Lieder sind persönliche Lebensfragmente. Sie betonen ihre heimatliche Verbundenheit. Aufgezeichnet

in ihrem neuen Album «Á??u» (Glut) bieten elf Tracks mit einzigartigem Kehlkopfgesang sowie dichten Klängen und Rhythmen ein faszinierendes Hörerlebnis. Á??u: «Á??u» (Nordic Notes/Broken Silence)

BÜCHER

FOTOGRAFISCHES MEISTERWERK



© Steve McCurry

(bf) Wer kennt es nicht, das Portrait des afghanischen Mädchens Sharbat Gula, welches der Fotograf Steve McCurry in den 80er-Jahren auf einer seiner Reisen in Pakistan schoss. Das Bild ging, nachdem es im Juni 1985 auf der Titelseite des «National Geographic» erschienen war, um die Welt. Nun hat Steve McCurrys Schwester Bonnie die besten Arbeiten ihres Bruders – er arbeitet u.a. für Magnum, gehört zu den renommiertesten Fotografen weltweit und hat zahlreiche Preise gewonnen – aus 40 Jahren seines Schaffens im Bildband «A Life in Pictures – Ein Leben für die Fotografie» zusammengestellt: Vom Krieg in Afghanistan, den Überschwemmungen in Indien, den Anschlägen auf das World Trade Center in New York, dem Genozid in Kambodscha sowie seiner Reisen nach Äthiopien, Nepal, Mali oder Bhutan. Viele seiner Aufnahmen von den Krisenregionen dieser Welt sind zu Ikonen des 20. und 21. Jahrhunderts geworden und finden sich regelmässig auf den Covern internationaler Magazine. «A Life in Pictures – Ein Leben für die Fotografie» von Bonnie und Steve McCurry, Knesebeck Verlag, 2018

NATÜRLICH EXISTIEREN WERWÖLFE

(bf) Der 1958 in Port-au-Prince geborene Gary Victor ist der meistgelesene Gegenwartsautor Haitis. Der studierte Agronom schreibt neben Romanen, Erzählungen und Theaterstücken auch Beiträge für Radio und Fernsehen, die in seiner Heimat regelmässig für Aufregung sorgen. Seine drastischen Schilderungen gesellschaftlicher Missstände stellen ihn in die Tradition der Sozialromane des

19. Jahrhunderts und machen ihn zum subversivsten Gegenwartsschriftsteller Haitis. Er wurde mit mehreren Preisen ausgezeichnet. Einige seiner Gestalten sind zu sinnbildlichen Typen geworden, so auch sein Inspektor Deuswalwe Azémar, welcher auch in seinen «Dreizehn Voodoo-Erzählungen» unterwegs ist. Natürlich geht es bei den Fällen, die er lösen soll, nicht mit rechten Dingen zu und doch widerspiegeln sie den wahren Alltag. Es ist ein Gemisch aus Armut, Karrieregeilheit, kriminellen Neigungen, politischer Repression und ausländischer Ignoranz mit fließenden Übergängen von Wirklichkeit, der Macht des Glaubens zu Wahn. Denn wie sagt doch Gary Victor: «In Haiti ist derjenige ein Fantast, der behauptet, es gäbe keine Werwölfe.» «Dreizehn Voodoo-Erzählungen» von Gary Victor, Litradukt Verlag 2018

SCHWEIZER BIO-BAUMWOLL-PIONIER

(bf) Wie ist es möglich, den Bauern und Näherinnen in Indien, Tansania oder Bangladesch faire Preise zu bezahlen, die Natur zu schützen und zugleich nachhaltig zu produzieren? Kaum ein anderer Stoff ist so eng verknüpft mit den negativen Seiten der Globalisierung und des Kapitalismus wie die Baumwolle. Der Stoff, den wir auf der Haut tragen, ruiniert ganze Volkswirtschaften und zerstört die Natur. Der Schweizer Baumwoll-Visionär Patrick Hohmann war lange Jahre im konventionellen Baumwollhandel tätig und sagte sich eines Tages: «Es kann nicht sein, dass ein Bauer aus Indien mein T-Shirt subventioniert.» Er gründete deshalb seine eigene Stiftung, welche mittlerweile Bio-Baumwoll-Anbauprojekte in Indien und Tansania als Eigentümerin führt und mit rund 6000 Biobauern zusammenarbeitet. Seine eindrückliche Geschichte wird nun in einem Buch erzählt. «Patrick Hohmann – Der Bio-Baumwollpionier» von Nicole Müller, Verlag Rüffer & Rub, Zürich

FERNSUCHT



© zvg

Adieu Klischees

Der Genfer Jean-Philippe Kalonji, Comicautor und Maler, thematisiert in «Musu's Diary» die Widerstandskraft der Liberianer nach zwei Bürgerkriegen; sein nächster Comic handelt im Kongo.

Eben erst bin ich Vater geworden – und pflege als Schweizer Bürger kongolesischer Herkunft meine Wurzeln. Ich will meiner Tochter und der Leserschaft mit einem illustrierten Reisetagebuch die Schönheit Kongos näherbringen. Gleichzeitig kämpfe ich damit gegen Klischees an: Das Bild des kleinen schwarzen Jungen, der von Fliegen geplagt aus seiner Reisschüssel isst, hat ausgedient. Wir müssen die kolonialen Stereotypen entrümpeln. Afrikas Jugend amüsiert sich genau wie anderswo auf der Welt in Nachtlokalen und spielt Basketball! Um die kongolesische Kultur wirklich zu ergründen, tauche ich in die Geheimnisse meiner Familie ein und werfe einen ethnografischen Blick auf unsere Geburtstags-, Hochzeits- und Trauerfeiern. Unlängst habe ich «Congo, Kinshasa aller-retour» der belgischen Journalistin Colette Braeckman verschlungen, die den Mut und die unglaubliche Energie der Frauen beschreibt. Unbedingt lesen!

(Aufgezeichnet von Zélie Schaller)

IMPRESSUM

«Eine Welt» erscheint viermal jährlich in deutscher, französischer und italienischer Sprache.

Herausgeberin

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten (EDA)

Redaktionskomitee

Manuel Sager (verantwortlich)
George Farago (Gesamtkoordination)
Beat Felber, Barbara Hell, Isabelle Kaufmann, Marie-Noëlle Paccolat, Özgür Ünal

Redaktion

Beat Felber (bf – Produktion)
Luca Beti (lb), Zélie Schaller (zs),
Samuel Schläefli (sch),
Christian Zeier (cz)

Gestaltung, Lithografie und Druck

Stämpfli AG, Bern

Wiedergabe

Der Nachdruck von Artikeln ist, nach Bewilligung durch die Redaktion, unter Quellenangabe gestattet. Belegexemplare erwünscht

Abonnemente und Adressänderungen

«Eine Welt» ist gratis (nur in der Schweiz) erhältlich bei: Information EDA, Bundeshaus West, 3003 Bern
E-Mail: deza@eda.admin.ch
Tel. 058 462 44 12, Fax 058 464 90 47
Internet: www.deza.admin.ch

860215346

Der Umwelt zuliebe gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier

Gesamtauflage: 47 400

Titelseite: Morgenverkehr über den Niger Richtung «Rive gauche», auf die nördliche Seite Bamakos, wo 90 Prozent der städtischen Infrastrukturen konzentriert sind. © Samuel Schläefli

ISSN 1661-1667

«Früher gingen wir davon aus, dass Urbanisierung automatisch zur Armutsreduktion beiträgt - doch in Mali steigt die Armut trotz Urbanisierung.»

Zié Coulibaly, Seite 8

«Mich hat die Widerstandskraft von uns Jugendlichen überrascht - gerade in den schwersten Momenten spürte ich, wie stark wir sein können.»

Maria Alejandra Centeno, Seite 25

«Die Schulkinder und Lehrkräfte freuen sich über verbesserte Hygiene und ein angemessenes schulisches Umfeld: Wasser und Toiletten sind sauber, in den Klassenzimmern ist es nicht länger feucht.»

Khaled Omar, Seite 28
